

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

174 (24.5.1906) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 80. öffentliche  
Sitzung

## Beilage zur Karlsruher Zeitung № 174.

Karlsruhe, 24. Mai 1906.

## Badischer Landtag.

## Zweite Kammer.

## 80. öffentliche Sitzung

am Dienstag den 22. Mai 1906.

Vormittagsitzung.

## Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1906 und 1907 — Ausgabe Titel VIII (Gewerbeaufsicht), Ausgabe Titel XIV — Einnahme Titel V (Landesstatistik), Ausgabe Titel XV — Einnahme Titel VI (Gewerbe). — Druckfache Nr. 11a. — Berichterstatter: Abg. Neuhäus,

und damit in Verbindung

Bericht der Schulkommission über

a. die Petition des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, die Errichtung gewerblicher Fortbildungsschulen betr., und die Petition der Handwerkskammern in Freiburg, Karlsruhe, Konstanz und Mannheim, die Ausgestaltung des gewerblichen Fortbildungsunterrichts betr. — Druckfache Nr. 59 —

b. die Bitte des Verbandes Badischer Gewerbebesulmänner, die dienstlichen Verhältnisse der Gewerbelehrer betr. — Druckfache Nr. 60. — Berichterstatter: Abg. Dr. Seimburger (Forstsektion).

Am Regierungstische: Minister des Innern Dr. Schenk, Geh. Oberregierungsrat Weingärtner, Ministerialrat Fehr, v. Neck, Geh. Regierungsrat Dr. Cron, Regierungsrat Maier, Amtmann Dr. Paul.

Präsident Dr. Wilkens eröffnet die Sitzung kurz nach 9¼ Uhr.

Es wird der Eingang einer Petition des Gemeinderats Ringolsheim, den Anschluß der Gemeinde Oeftringen und anderer Orte an die Hauptbahn betreffend, angezeigt.

Dieselbe wird der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Das Wort erhält zunächst

Abg. Lehmann (Soz.): In der zweitägigen Beratung des Fabrikinspektionsberichts und über

die Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung haben wir bemerkt, daß Einstimmigkeit darüber herrscht, daß der Fabrikinspektionsbericht objektiv gehalten ist. Der Herr Berichterstatter hat es zu vermeiden gewußt, irgend welche Vorwürfe, direkte Vorwürfe, gegen den Fabrikinspektionsbericht zu erheben. Ich gebe zu, daß dieses Urteil über den Bericht im allgemeinen durchaus zutreffend ist. Ich glaube aber doch, daß die Meinungen hinsichtlich der Beurteilung des an sich objektiven Berichts weit auseinander gehen, und es erscheint mir notwendig, gerade die Differenzpunkte zwischen uns und dem größeren Teil der übrigen Mitglieder des Hauses hier noch einmal scharf hervorzuheben. Es ist schon von meinen Fraktionskollegen Rösch und Pfeiffle darauf verwiesen worden, daß das Unternehmertum bei diesem Bericht doch nicht so gut abschneide, wie man es hinzustellen versucht hat. Der Bericht zeichnet sich vor allen Dingen dadurch aus, daß er bestrebt ist, kein scharfes Wort zu gebrauchen. Vielfach wird etwas negativ ausgedrückt, was man positiv besser sagen könnte, und man muß bei aufmerksamem Lesen des Berichts zu dem Schlusse kommen, daß fast Seite für Seite Vorwürfe, und zwar berechnete Vorwürfe, gegen die Unternehmer enthalten. Wenn das Unternehmertum sich so stellt, als verstehe es diese Angriffe nicht, so ist das von seinem Standpunkt aus durchaus verständlich.

Der Bericht konstatiert zunächst, daß der Verkehr mit den Arbeitgebern nicht durchweg erfreulich genannt werden könne, und fügt hinzu, daß es vielfach den Unternehmern an dem sozialen Verständnis fehle; auf Seite 16 heißt es dann weiter, daß mancher Unternehmer diesen Mangel mit einer gewissen Absichtlichkeit zur Schau getragen habe, und weiter, daß auch die kleinen Gewerbetreibenden von der Fabrikinspektion immer besondere Berücksichtigung verlangt hätten. Dann kommt die lange Reihe der Klagen über die uneingeschränkte Arbeitszeit der Jugendlichen; eine ganze Menge Verstöße wird nachgewiesen, wo das Unternehmertum die Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter nicht eingehalten hat. Weiter wird dann bemerkt, daß der Besitzer einer kleinen Mühle im Schwarzwald (Namen werden ja nie genannt) sich darüber beschwert habe, daß die Revision nicht in seinem Beisein abgehalten worden sei; und nach einer Andeutung des Fabrikinspektors scheint dieser Müller eine so feste politische Ueberzeugung

zu haben, daß er ihm damit gedroht hat, seine Ueberzeugung zu wechseln, wenn das noch einmal vorkommt. Ein Bezirksamt, wird angeführt, hat allen Ernstes von der Fabrikinspektion verlangt, daß es ihm vorher bekannt gegeben werden soll, wann der Revisionsbeamte komme, damit es Zeit habe, den Unternehmern vorher von der Revision Kenntnis zu geben. Da scheint mir, daß nicht nur bei den Unternehmern Mangel an sozialpolitischem Verständnis besteht, sondern daß auch dieses Bezirksamt die Aufgabe dieser Revisionen vollständig verkannt hat. Dem schließt sich würdig an, daß die Zentrale einer Baumwollspinnerei im Oberland, die eine Filiale hat, verlangt hat, daß in der Filiale nur mit Zustimmung des Hauptgeschäfts die Revision stattfinden dürfe, wie Sie auf Seite 17 des Berichts nachlesen können. Uebrigens opponieren die Besitzer nicht nur gegen die Revisionen, sondern leisten manchmal sogar der Revision direkten Widerstand: Der Besitzer einer größeren maschinellen Anlage z. B. erklärte, daß die vom Fabrikinspektor gemachte Auflage überflüssig sei. Auch die verhängte Strafe brachte den Mann nicht von seinem Standpunkt ab; erst als ihm gedroht wurde, daß der Betrieb geschlossen würde, hat er nachgegeben. Auf Seite 16 des Berichts ist weiter ein Fall mitgeteilt, daß ein Arbeiter an den Fabrikinspektor herantreten sei und ihn in durchaus sachlicher Weise auf Mißstände aufmerksam gemacht habe, und daß nachher dieser Arbeiter deshalb die allerschlimmsten Vorwürfe von seinem Unternehmer bekommen habe. Da ist es sehr wohl zu verstehen, wenn die Arbeiter künftig nicht mehr wagen, sich an den Fabrikinspektor zu wenden, und da stimme ich mit dem Verlangen des Herrn Belzer überein, daß die Revision stattfinden sollte, ohne daß der Unternehmer zugegen ist.

Was den Kindererschutz anlangt, so lehrt uns der Bericht, daß die Unternehmer versuchen, überall das Gesetz zu umgehen, ja sogar direkt dem Gesetze entgegenzuhandeln. Zunächst will ich hier bei dieser Gelegenheit feststellen, daß die Unternehmer versuchen, überall das Gesetz zu umgehen, ja sogar direkt dem Gesetze entgegenzuhandeln. Zunächst will ich hier bei dieser Gelegenheit feststellen, daß die häufige Rückbildung zur Hausindustrie auch im Fabrikinspektionsbericht bemerkt wird, und daß gerade in der Hausindustrie eine erschreckend hohe Zahl von Kindern ausgebeutet wird. Es heißt auf Seite 21 des Berichts, daß verschiedene Ziegeleibesitzer, nicht etwa nur der eine und andere, die Beschäftigungsdauer der Kinder mit Bewußtsein überschritten haben. Das ist ein recht scharfes Urteil; daß es gerecht ist, daran habe ich nicht den geringsten Zweifel. Auf der selben Seite heißt es weiter, daß die jugendlichen Arbeiter vielfach Antworten gegeben haben, die ihnen von den Unternehmern oder deren Beauftragten angelernt waren. Es wird weiter gesagt, daß es an Aufenthaltsräumen für die jugendlichen Personen während der Pause fehle, und daß vielfach auch Mangel an Reinlichkeit konstatiert werden müssen. Und auch hier wiederholt der Bericht auf Seite 21 noch einmal, daß es den Arbeitgebern an Verständnis für die sozialen Aufgaben fehle. Auch darüber, wie sich unsere Gerichte in diesem Falle benehmen, möchte ich ein paar Worte sagen: Einer großen Spinnerei wurde die Auflage gemacht, nicht zu dulden, daß die Jugendlichen während der Pause sich im Arbeitsraume aufhalten. Die Auflage wurde nicht beachtet, es wurde ein Strafverfahren eingeleitet, und es erfolgte Freisprechung. Ich bin überzeugt, daß hier das Gericht einen Fehlspruch getan hat, wahrscheinlich war es ein Schöffengericht und vielleicht nicht ganz unbefangenen. Den schweren Verstoß in den Ziegeleien, worüber ich schon gesprochen, will ich übergehen und nur noch bemerken, daß die Strafen der Ge-

richte im allgemeinen außerordentlich gering sind. Auf Seite 24 des Berichts ist weiter festgestellt, daß Kinder unter 11 bis 14 Jahren in Zigarrenfabriken fortgesetzt beschäftigt worden sind, ebenso daß in einer Buchdruckerei ein Knabe dieses Alters beschäftigt wurde (wo auch eine Bestrafung erfolgte), und daß in einem Sägewerk drei Kinder im gleichen Alter an Nachmittagen arbeiteten und dafür täglich 25 bis 30 Pf. an Lohn erhielten. Es ist dann behauptet worden, diese Beschäftigungen hätten erfolgen müssen, weil ein Mangel an Arbeitern bestünde; das hat sich aber überall als unrichtig erwiesen.

Auch soll eine Schulbehörde die Zustimmung geben haben zur Verlegung des Schulunterrichts, um den Schülern die Arbeit in den Fabriken zu ermöglichen; so ist auf Seite 25 zu lesen. Ich hoffe, daß die Oberschulbehörde Veranlassung nehmen wird oder schon Veranlassung genommen hat, hier einzuschreiten.

Was über die jugendlichen Arbeiter gesagt wird, gilt auch von dem Lehrlingswesen. Da die Lehrlinge nicht immer die richtige Ausbildung erfahren, da namentlich festgestellt worden ist, daß solche in den Bäckereien über die erlaubte Zeit hinaus beschäftigt worden sind, hat, um der Ausbeutung dieser Lehrlinge entgegenzuwirken, wie hier anerkannt werden soll, die Handwerkskammer die Lehrzeit auf 3 Jahre festgesetzt. Es hat dann eine große Fabrik, um diese Bestimmungen zu umgehen, einfach einen Vertrag mit den jungen Leuten geschlossen, wonach sie noch zwei Jahre nach der Lehrzeit bei dem betreffenden Unternehmer aushalten müssen. Das zeigt, daß die Neigung, Jugendliche auszubeuten, bei unseren Unternehmern sehr stark vorhanden ist.

Bezüglich der Arbeiterinnen klagt auch der Bericht, daß namentlich in den Zigarrenfabriken, wo die größere Hälfte der Arbeiterinnen überhaupt beschäftigt ist, die Fabrikinspektion den allerschärfsten Widerstand gefunden hat, bei ihren Versuchen, die Fabrikdisziplin so weit zu lockern, daß es wenigstens den verheirateten Arbeiterinnen möglich gemacht wurde, ihre Kinder zu fügen. Es ist himmelschreiend, daß die Fabrikanten sich gegen so etwas wehren, und daß hier erst öffentlich eingeschritten werden muß.

Weiter ist darauf verwiesen worden, daß die Einführung italienischer Arbeiter und Arbeiterinnen jetzt insofern erschwert sei, als die italienische Regierung bei der Anwerbung dieser Leute sich vorher vergewissere, ob sie auch angemessene Löhne bekommen, und ob sie nicht als Streifbrecher benutzt werden sollen. Ich meine, das ist durchaus anerkennenswert. Es zeigt uns aber auch, daß wir in bezug auf die Bezahlung bei der italienischen Regierung nicht sonderlich gut angeschrieben sind, und daß die italienische Regierung nicht will, daß die italienischen Arbeiter dazu benützt werden, um bei uns Streifbrecherdienste zu machen. Nach dieser Richtung hin könnte unsere Regierung von der italienischen etwas lernen.

Die Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Ausbeutung der Arbeiterinnen sind nicht minder groß als die Verstöße bezüglich der Jugendlichen: es wird uns berichtet, daß große Modemagazine Tag und Nacht arbeiten lassen und daß sie sich den Teufel darum geschert haben, ob die Arbeiterinnen verheiratet sind, wenn nur die hohe Dame am folgenden Tage ihr Ballkleid fertig hatte. Es wird weiter festgestellt, auf Seite 38 des Berichtes, daß in einer Fabrik den unehelichen Wächnerinnen das Krankengeld entzogen wurde, angeblich, um die Sittlichkeit zu heben, in Wirklichkeit aber wohl, um die Beiträge des Fabrikanten an die Kasse niedriger zu halten. Da hat doch einfach die Bedürftigkeit zu entscheiden, und ich weiß auch gar nicht:

ob der betreffende Fabrikant oder seine Beamten besonders befähigt sind, die Sittlichkeit dieser Leute zu schützen.

Was die Arbeitszeit anbetrifft, so muß anerkannt werden, daß die Fabrikinspektion bestrebt gewesen ist, dieselbe durch Verträge herunterzusetzen. Da haben aber gerade die Textilindustriellen am allerstärksten Widerstand geleistet, und es ist nach der Richtung hin absolut gar nichts erreicht worden. So wird namentlich besonders darüber geklagt, daß im Riesental die Fabrikanten es abgelehnt haben, auch nur eine anderthalbstündige Mittagspause einzuführen. Auch habe ich bei einer anderen Gelegenheit gehört, daß im Riesental der Flaschenbierhandel außerordentlich gut floriert, und zwar dadurch, daß, weil die Fabrikfrauen, die Arbeiterinnen, keine Zeit haben, ein Mittagessen zu kochen, vielfach mittags kalte Küche gemacht wird, daß sie dann Brot essen und Bier dazu trinken. An mehreren Stellen des Berichtes ist nun darauf hingewiesen worden, wie der Alkohol nachteilig auf die Arbeiterbevölkerung einwirke, und wie ja auch hier und da die Fabrikanten versuchen, dem Alkoholkonsum dadurch zu steuern, daß sie in ihren Kantinen alkoholfreie Getränke führen lassen usw. Es würde aber viel mehr nützen, wenn man hier dem Wunsche des Fabrikinspektors nachkäme und die Mittagspause auf anderthalb Stunden verlängerte, damit es den Arbeiterinnen nun auch möglich wäre, ein Mittagessen zu kochen.

Des weiteren wird Klage darüber geführt, daß namentlich in der Bürstendenindustrie der Gebrauch besteht, Arbeiterinnen und Arbeitern die Ware mit nach Hause zu geben. Es dürfte bekannt sein, daß die Beschäftigung in der Bürstendenindustrie zu den ungesundesten Tätigkeiten zählt, und wenn man nun die Bürstendwaren auch noch mit in die Familienwohnungen gibt, die im allgemeinen sehr beschränkt sind, so wird dadurch natürlich die Gefahr der Erkrankung erheblich gesteigert.

Von einer Korsettfabrik (ich habe eine bestimmte Vermutung, welche es sein könnte, ich will sie aber nicht nennen) wird berichtet, daß an 100 Arbeiterinnen ständig Arbeit mit nach Hause gegeben wird, daß sie also, nachdem sie so und so lange in der Fabrik gearbeitet haben, auch zu Hause noch, und zwar nicht einmal allein, sondern auch mit ihren Kindern, weiter angepannt werden.

Interessant ist auch — es dürfte vielleicht den Herrn Kollegen Wittum ganz besonders interessieren — eine Tabelle, die in dem Bericht enthalten ist, wonach bei den Fabrikarbeiterinnen in Pforzheim dreimal so viel und noch mehr Fehlgeburt vorkommen, als der Durchschnitt ist, daß also diese Fabrikarbeit direkt nachteilig auf die Fortpflanzung der Menschheit einwirkt.

Gestatten Sie nun, daß ich einige Ausführungen über die Lohnkämpfe der Arbeiterschaft mache. Sie wissen, daß der Kampf zwischen Arbeiterschaft und Kapital eigentlich ständig zunimmt. Es ist hier wiederholt behauptet worden, es sei das eine Folge der sozialdemokratischen Hege. Es stellt diese Behauptung den Arbeitern ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Aber Sie können doch die Beobachtung machen, daß die sozialdemokratischen Parteiführer, daß die Gewerkschaftsführer sehr häufig von einem Streik abraten, und daß trotzdem der Streik beschlossen wird (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und daß sehr häufig gerade dort, wo die Arbeiter infolgedessen nicht gut organisiert sind, als die Zahl der organisierten zu der Zahl der nichtorganisierten in einem schlechten Verhältnis steht, sogenannte wilde Streiks am ersten ausbrechen, daß aber dort, wo die Gewerkschaften die Arbeiter durch die Organisation mehr oder weniger in der Hand haben, es viel seltener zu Streiks kommt, daß im letzteren Falle, wenn sich das Unternehmertum nicht auf einen durchaus ablehnenden Standpunkt von vornherein

stellt, bei den Unterhandlungen die Arbeiter meist auch von ihren Forderungen ablassen, daß überhaupt das Geneigtsein zum Unterhandeln bei den organisierten Arbeitern immer in viel höherem Maße vorhanden ist, als bei den Arbeitgebern. Ein so schlechtes Urteil, wie der Fabrikinspektionsbericht den Unternehmern nach dieser Richtung hin ausstellt, ein so vorzügliches Urteil stellt er den Arbeitnehmern aus. Es sagt der Bericht auf Seite 16 — ich bitte, das nachzulesen —, daß die Arbeiter vielfach ein gefundenes Urteil, Billigkeit und Ernst, sittliche Reife in überraschender Weise fund getan hätten, daß das Verhalten eines Arbeiterausschusses — es steht hier nicht dabei, wo; ich weiß aber, daß es der Mannheimer Ausschuss bei der Firma Benz ist — beim Streik über alles Lob erhaben war, indem er mit Ruhe, Sachlichkeit und Sachkenntnis die klippenreichen Verhandlungen mit den Unternehmern zu einem guten Ende geführt habe. Dieses Urteil über die Arbeiterschaft (abgesehen von einigen Bemerkungen in bezug auf den Alkoholgenuß) steht doch hochherhaben über dem Urteil über das Unternehmertum im allgemeinen.

Der Bericht konstatiert ferner, daß von den 26 Streiks, die hier in Baden im Berichtsjahre stattgefunden haben, 11 einen teilweisen Erfolg gehabt hätten und vier erfolglos geblieben seien. Es kann nicht meine Aufgabe sein, hier auf die Einzelheiten einzugehen. Bloß eines will ich sagen, daß der Fabrikinspektionsbericht sich von der leichtesten Auffassung, als ob ein verloren gegangener Streik ein ungeheurer Schaden für die Arbeiter sei, vollständig fern hält. Der Bericht sagt es nicht, aber läßt durchblicken, daß diese Lohnkämpfe eben Kämpfe um ein erhöhtes Einkommen seien, und ich möchte hinzufügen, daß diese Kämpfe geradezu zu einem sehr großen Teil hervorgerufen worden sind durch die künstliche Verteuerung der Lebensmittel, daß mancher Streik wahrscheinlich unterblieben wäre, wenn man nicht auf diese Weise den Geldwert, den Lohn, künstlich herabgesetzt hätte. Verteuerungen der Nahrungsmittel, Verteuerung der Miete bedeutet eine Herabsetzung des Lohnes, und wenn heute die Arbeiter eine entsprechende Erhöhung verlangen, dann kann man einen solchen Streik streng genommen doch nicht zu den Angriffstreiks rechnen, und nichts ist verkehrter, als die Auffassung, als ob der Arbeiter dadurch einen großen Verlust hätte, wenn er so und so viele Tage nur nicht gearbeitet hat. Bei einem halbwegs vernünftigen Menschen, der sich mit diesen Dingen beschäftigt hat, erregt es nur ein Lächeln, wenn nach den Streiks ein Artikel die Kunde durch die gesamte bürgerliche Presse macht, worin ausgerechnet wird: „So und so viele Tage habt Ihr nicht gearbeitet, ergo habt ihr einen so und so großen Schaden gehabt!“ Man verschweigt dabei, daß die Arbeit später gemacht wird, man verschweigt dabei, daß manchmal selbst ein verloren gegangener Streik insofern nötig war, um wenigstens zu zeigen, daß die Arbeiterschaft ihre Lebenshaltung sich nicht willenlos hinunterdrücken lasse. Ich meine, das eine sollte doch anerkannt werden, daß, wenn die Arbeiter sich zusammenschließen und einen Streik in Szene setzen, um einen höheren Anteil an dem Nationaleinkommen zu haben, wenn ich es so nennen darf, dazu doch auch eine gewisse Energie gehört. Wenn unsere deutsche Arbeiterschaft stumpfsinnig wäre, wenn sie sich alles das gefallen ließe, dann würde die Folge davon sein, daß wir unsere Kultur so langsam auf die chinesischen Zustände zurückbringen würden.

Es ist dann — und ich möchte auch noch mit ein paar Worten darauf eingehen — von Mitgliedern der Kammer darauf verwiesen worden, daß ein großer Teil der Arbeiter, die heute die Landstraße bevölkern, arbeitscheu sei. Es ist notwendig — mit Bezug auf den Herrn Abg. Neuhaus ist das bereits geschehen —

daß hier nochmals diese Beleidigung eines großen Teils der deutschen Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen wird. Wir protestieren gegen diese Beleidigung der deutschen Arbeiterschaft. Wir betrachten das als eine förmliche Verhöhnung derjenigen Leute, die arbeitsuchend von Ort zu Ort ziehen (Sehr gut! bei den Soz.). Ich weiß, daß der Herr Abg. Neuhaus versucht hat, gegenüber meinem Kollegen Kräuter seine Behauptung durch Zitate abzuschwächen; ich halte es deshalb für notwendig, um allen späteren Ablehnungs- und Abschwächungsversuchen von vornherein zu begegnen, festzustellen, was er eigentlich gesagt hat. Er sagte: „Der Herr Abg. Rößch hat auch von den Arbeitslosen gesprochen, die die Landstraße bevölkern. Diese Arbeitslosen, die die Landstraße bevölkern, sind eine bedauerliche Erscheinung, aber sicherlich im großen und ganzen kein Beweis dafür, daß es ihnen an Arbeitsgelegenheit fehlt. „Dann heißt es: „Sehr wahr! Widerspruch bei den Sozialdemokraten!“ Dieses „sehr wahr“ kam von der Zentrumsparlei. Es hat dann in ähnlichem Sinne auch der Fraktionskollege des Herrn Neuhaus, Herr Abg. Görlacher, gesprochen. Er hat aber wenigstens einen Beweis zu erbringen versucht, während Herr Neuhaus ihn nicht versuchte. (Zuruf des Abg. Neuhaus: Ich hatte ja noch keine Gelegenheit dazu). Herr Görlacher hat nämlich erklärt, er habe einmal einen Reisekollegen gehabt, der gesagt habe, das Arbeiten sei ihm zu dumm. Ich glaube, Herr Görlacher würde gut getan haben, sich eine solche Reisegesellschaft zu verbitten, und sich mit einem Menschen, der auf einer sittlich so niederen Stellung steht, nicht einzulassen. Das war der einzige Beweisversuch, der gemacht wurde; auch Herr Görlacher wird ihn, wie wir alle, nicht als einen auch nur halbwegs gelungenen Versuch ansehen. Herr Banschbach ist dann noch weitergegangen. Er hat geglaubt, es seien mindestens 90 Proz. derjenigen, die die Landstraße bevölkern, arbeitslos. Ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Banschbach eine solche Äußerung hier in der Kammer auch genügend überlegt hat, denn aufrecht erhalten wird er sie heute wohl nicht mehr (Abg. Banschbach: Jawohl!). Nun er hält sie also noch aufrecht, dann will ich aber auch versuchen, mit einigen Zahlen Ihnen zu beweisen, daß das nicht richtig ist. Wenn Herr Banschbach für sich allein diese Behauptungen aufgestellt hätte, so würde ich darüber weggegangen sein. Nachdem aber auch zwei Herren vom Zentrum sich auf diesen Standpunkt stellen, so wird man dieser Sache doch eine größere Bedeutung beilegen müssen. Die Zahl der Arbeitslosen auf der Landstraße ist ja schlecht festzustellen. Die Meinungen gehen darüber auseinander. Es hat einmal die „Kölnische Zeitung“ die Zahl auf 200 000 angegeben. Ich will einmal die Tatsache festhalten, daß ganz zweifellos die Zahl der wandernden Arbeiter im Sommer geringer ist, als im Winter. Dann werden Sie zugeben müssen, daß unter den wandernden Arbeitern im Winter sehr viele sind, die arbeiten müßten, weil wir ja wissen, daß der Arbeitsgelegenheit im Sommer größer ist. Die Zahl der sogenannten Vagabundierenden, wie sie Herr Abg. Banschbach bezeichnete, schwankt außerordentlich. Man gewinnt aber einigen Anhalt aus den Unterstützungen, die von den einzelnen Verbänden ausbezahlt werden, und aus einem Material, das den Herren Banschbach, Neuhaus und Görlacher zugänglich ist, den Bestrafungen und Landstreicherei im Jahre 1902 im Januar 949 Personen, im Februar 782, im März 592, im April 595, im Mai 301, im Juni 304, im Juli 216, im August 271, im September 296, im Oktober 407, im November 542 und im Dezember 714 Personen. Also es wird im Juli nur reichlich ein Fünftel derjenigen

bestraft, die im Januar bestraft werden. Man wird vielleicht auch behaupten, daß im Sommer nicht so viele erwischt werden. Es scheint mir aber nicht richtig zu sein, anzunehmen, daß unsere Polizeibeamten, unsere Richter, im Sommer eine geringere Tätigkeit entfalten, ich glaube eher im Gegenteil annehmen zu können, daß ein Richter, dem im Sommer ein solcher Mann zugeführt wird, mehr geneigt ist, ihn zu bestrafen, als im Winter, weil er sagt: im Winter konnte der Mann keine Arbeit finden. Wir können also jedenfalls sagen, daß unsere Gesetzgebung Sommer wie Winter gleichmäßig wirkt (es sind ja auch dieselben Organe im Januar wie im Juli) und wenn trotzdem die Bestrafungen im Sommer seltener sind, so ist das ein Beweis dafür, daß auch die Zahl der die Landstraße bevölkernenden Arbeiter da eine geringere sein muß. Wir können das auch noch durch ein anderes Beispiel nachweisen, nämlich daß bei einem höheren Stand der Konjunktur die Zahl der Arbeitslosen geringer ist und umgekehrt: Wir hatten wegen Bettels und Landstreicherei im Jahr 1893 6556 Bestrafungen. Die Ziffer ist dann ständig gefallen bis 1900; da hat sie ihren tiefsten Stand mit 3900 erreicht. Sie ist dann wieder gewachsen und sehr in die Höhe geschwollen, als die bekannte Krise eintrat; aber den alten hohen Stand hat sie noch nicht wieder erreicht. Es zeigt sich hierin also überhaupt ein erfreulicher Niedergang der Ziffer der Bestrafungen, aber nicht weil die Gerichte milder urteilen, und weil die Zahl der arbeitslosen Arbeiter geringer wird, sondern weil andere Faktoren ihr entgegenwirken. Die Zentralverbände zahlen bekanntlich Reiseunterstützungen, und das allein hätte schon Herrn Görlacher und die anderen Herren verhindern sollen, eine solche Behauptung aufzustellen. Diese Reiseunterstützungen werden nämlich nur an solche Arbeiter bezahlt, denen eine Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann. Wer die Arbeiterbewegung verfolgt, wird wissen, daß die Organisationen den größten Wert darauf legen, daß sie den Arbeitsnachweis in die Hand bekommen, damit sie jederzeit den reisenden Arbeitern Arbeit nachweisen können. Das wird aber nicht so gemacht, daß der Leiter des Verbandes am Orte abwartet, bis ein Unternehmer sich bei ihm meldet, der Arbeiter verlangt, sondern die Mitglieder der Arbeiterorganisation haben die Weisung, sobald eine Stelle frei wird, dies sofort an den Leiter des Verbandes zu melden, und daher kommt es, daß auf diese Weise die Arbeitsgelegenheit rasch nachgewiesen wird. Erst wenn feststeht, daß der Mann nicht eingestellt wird, bekommt er seine Arbeitslosen- oder Reiseunterstützung ausbezahlt; ich meine, es liegt doch nahe, daß die Arbeiterorganisationen mit ihrem Gelde haushalten, daß sie nach Möglichkeit die Reiseunterstützung herunterzusetzen versuchen, denn das ist doch eigentlich eine Leistung, die sie nicht nur in ihrem Interesse machen; die Unterstützung der Arbeitslosen und der Reiseunterstützung liegt in viel höherem Maße im allgemeinen Interesse als im ausschließlichen Arbeiterinteresse.

Für Reisen der Arbeiter werden von den Organisationen heute auch mehr Aufwendungen gemacht. Ich glaube gerade in der Metallindustrie auch hier ein paar Zahlen darüber zu geben. Der kürzlich erschienene Jahresbericht des deutschen Metallarbeiter-Verbandes teilt mit: Es wurden im Jahre 1905 an Reisegeld ausbezahlt (allerdings in ganz Deutschland nicht nur in Baden) 247 300 Mark gegen 192 000 M. des Vorjahres und gegen 146 000 M. vor zwei Jahren. Das sind außerordentlich hohe Summen, die an arbeitslose Mitglieder für Reisen ausbezahlt worden sind.

Ich will nicht noch weitere Ziffern anführen, sondern ich will nur noch bemerken, daß dieser Versuch

die Arbeiter als arbeitsscheu hinzustellen, zweifellos gänzlich mißglückt ist (Sehr gut!). Der Herr Abg. Banschbach hat gemeint, daß die Wanderarbeiter, wenn man ihnen eine Stelle anbietet, diese doch nicht annehmen. Ja, gewiß, die Tendenz ist allerdings auch bei denen vorhanden, die organisiert sind und sich auf der Wanderschaft befinden, daß sie nicht zu jedem Hungerlohn einfach Arbeit annehmen. Ich glaube hoffen zu können, daß der „ideale“ Zustand, den Herr Abg. Görlacher angeführt hat, daß die Arbeiter früher für die Woche neben freier Station 3 M. erhielten und dabei noch große Ersparnisse gemacht haben, hoffentlich auch in kleineren Orten und hoffentlich auch in Billingen beseitigt ist; daß 3 M. und selbst das Doppelte kaum dazu ausreichen, die notwendigen Ausgaben zu machen, für Kleidung zu sorgen und die Vereinsbeiträge zu zahlen, ist doch ganz klar. Ich gebe dem Herrn Abg. Görlacher nur zu bedenken, wenn jemand ein wöchentliches Einkommen von 3 M. hat, und er zahlt einmal seinen Beitrag an den katholischen Gesellenverein, er opfert einmal in der Kirche und zahlt seine Kleidung, so bleibt ihm nicht mehr das geringste übrig, um noch Ersparnisse zu machen (Heiterkeit).

Ich möchte auch, bevor ich von diesem Thema abkomme, bemerken, daß der Abg. Gierich in demselben Sinne gesprochen hat. Er hat die Arbeiterklasse nicht minder beleidigt als es auch von anderer Seite geschehen ist. Er hat einen Fall erzählt, in dem ein Arbeiter um eine Invalidenrente eintam, der nicht mehr arbeiten konnte, und dessen Rente zum Lebensunterhalt nicht ausreichte; dieser Arbeiter hat angeblich eine Komödie aufgeführt, indem er zur Tür hereinfiel, und ein anderer, wahrscheinlich auch ein Unternehmer, sagte dem Herrn Abg. Gierich: ein solcher Fall ist bei uns auch schon vorgekommen. Der Herr Abg. Gierich prüfte das nicht nach, er glaubt es ohne weiteres und hielt diesen Fall für wichtig genug, um ihn hier vor dem ganzen Lande vorzutragen. Was soll man dazu sagen? Ist denn der Herr Abg. Gierich überhaupt recht informiert? Hat er es nicht für seine Pflicht gehalten, dem nachzuforschen? Aber selbst wenn er recht hätte, selbst wenn ein einzelner, der von seiner Rente nicht leben konnte, den Versuch gemacht hätte, seine Rente zu erhöhen, wird man das viel milder beurteilen müssen, als wenn die Fabrikanten fortgesetzt die Gesetze übertreten und jugendliche Arbeiter über die Zeit hinaus ausbeuten.

Überhaupt die Unfallversicherungsgesetzgebung in Deutschland, auf die unser Unternehmertum immer so ganz besonders stolz ist, läßt wahrlich außerordentlich viel zu wünschen übrig. Lesen Sie einmal die Berichte der Arbeiterssekretariate in Deutschland, wie Klagen auf Klagen kommen, daß die Berufsgenossenschaften immer bestrebt sind, den Arbeiter erst auf den Weg der Klage zu verweisen, bevor sie überhaupt die Rente zahlen, die den Verletzten zweifellos zusteht. Unsere Mannheimer Sekretariatsberichte klagen jährlich darüber, daß die Entscheidungen zu langsam getroffen werden, daß mit der 13. Woche das Krankengeld aufgehört, wenn eine Unfallentschädigung noch nicht bezahlt wird, daß die Verletzten häufig genug direkt auf die Armenunterstützung angewiesen sind. Bezüglich unserer Ausführungsbestimmung zu dem Versicherungsgesetz habe ich bereits Gelegenheit genommen, in der Budgetkommission darauf zu verweisen, daß hier auch manches sehr verbesserungsbedürftig erscheint, aber irgend welche Zusage ist von dem Herrn Minister bis jetzt nicht gemacht worden.

Ein weiterer Mißstand an dem Invalidenversicherungsgesetz ist, daß die Heimarbeiter nicht in die Versicherungspflicht einbezogen sind. Der Bundesrat hat das

Recht, die Versicherung auf gewisse Arbeiterkategorien auszudehnen, und ich möchte deshalb die Regierung darum ersuchen, auch bitten meinetwegen (Heiterkeit), daß sie beim Bundesrat dahin wirkt, daß auch auf die Heimarbeiter im Schneidergewerbe die Invalidenversicherungspflicht ausgedehnt werde. Mir ist ein Fall von Mannheim bekannt. Dort war ein Schneider arbeitsunfähig geworden und hat Anspruch erhoben auf eine Rente. Anstatt ihm diese Rente nun zu gewähren, hat die Landesversicherungsanstalt das Gesuch zurückgewiesen, weil er eine „Mittelstellung“ einnehme: weil dieser Schneider, der jahraus, jahrein daselbe Geschäft gearbeitet hat, „halb Unternehmer“ sei! Anstatt also zu prüfen: muß dem Manne eine Rente gewährt werden, hat man gefragt: ist der Mann überhaupt versicherungspflichtig? Bei den Erhebungen, die das Bezirksamt in Mannheim in dieser Frage nämlich gemacht hat, wurde festgestellt, daß bei der Heimarbeiter im Schneidergewerbe der Beginn und der Schluß der Arbeitszeit von den Arbeitern und nicht von der Firma, für welche die Schneider arbeiten, bestimmt wird, und daß keine Kündigungsfrist besteht. Das hat man als Grundlage dafür genommen, daß der Mann nicht versicherungspflichtig ist. Aber man hat dabei übersehen, daß der Unternehmer bestimmt, wann das Stück Arbeit abzuliefern ist.

Infolge dieser Entscheidung haben die Schneider in Mannheim nun Veranlassung genommen, von der Versicherungspflicht überhaupt freizukommen. Heute sind also die Schneidergesellen, soweit sie Heimarbeiter sind, und nicht in der Werkstätte beschäftigt sind, in Mannheim nicht versicherungspflichtig. Das ist bezeichnend für die Profitgier der Unternehmer.

Ich glaube mich zum Schluß dahin zusammenfassen zu können, daß der Fabrikinspektionsbericht im allgemeinen unsere Zustimmung findet und daß nur zu hoffen steht, daß alle die Mißstände, auf die darin aufmerksam gemacht ist, bis zum nächsten Jahre abgestellt sind.

Noch ein Wort über die Arbeiterkämpfe angesichts der Voraussicht, daß in vierzehn Tagen, zum 2. Juni, 60 Proz. von den Metallarbeitern ausgesperrt werden sollen; bereits am Samstag ist dieser Beschluß in den großen Fabriken in Mannheim durch Anschlag bekannt gemacht worden; es bleibt jetzt den einzelnen Betrieben überlassen, die betr. Arbeiter auszusuchen, die ausgesperrt werden sollen. Ich glaube, es kann sich Jeder ungefähr eine Vorstellung machen, wie die Erregung ist, die zurzeit in der Mannheimer Arbeiterschaft herrscht — und nicht nur da, sondern in ganz Deutschland.

Diese Tatsache ist auch kennzeichnend für die falsche Auffassung des Herrn Ministers, der vor zwei Jahren und auch vor einigen Tagen wieder gesagt hat, daß das badische Unternehmertum milder sei und sozialpolitischer denke als anderswo, und daß, wenn wir in Baden weniger Inspektionsbeamte als anderwärts hätten, es bei uns auch weniger notwendig erscheine, Revisionen abzuhalten. Bei dieser drohenden Aussperrung zeigt sich, daß das badische Unternehmertum nicht einen Pfifferling besser ist als wie das norddeutsche und daß die badischen Unternehmer, die dem allgemeinen Verband der Arbeitgeber angehören, genau so rücksichtslos vorgehen wie ihre Kollegen in Norddeutschland.

Von einem nationalliberalen Abgeordneten — der dann allerdings auch aus der nationalliberalen Partei hinausgeflogen ist, der aber viel früher hätte hinausfliegen sollen: ich meine den früheren Reichstagsabgeordneten Meng, der ja heute noch Landtagsabgeordneter ist — ist einmal der Vorschlag gemacht worden, die Arbeiter nach dem Alphabet auszusperrten, immer genau dieselben Arbeiter zu nehmen; wer also

das Unglück hat, einen Namen zu tragen, der mit A anfängt, der soll immer ausgesperrt werden! Unter Zustimmung seiner — ich sage nicht seiner politischen, sondern seiner wirtschaftlichen Freunde — hat er damals ausgeführt: es müßten immer dieselben getroffen werden, denn das würde diese Arbeiter dazu zwingen, sich in den Dienst der Unternehmer zu stellen. Er hat auf diese Weise wohl versucht, eine gelbe Gewerkschaft zu gründen. Ein solcher Vorschlag zeigt, zu welchem hohen Grade die Klassenkämpfe bereits gediehen sind; und auch jetzt, obgleich man jetzt nicht nach dem Alphabet auszusperrt, in welchem außerordentlich scharfer, rücksichtsloser Weise man gegen die Arbeiter vorgeht. Dabei ist jetzt noch die Weisung ergangen, daß, was ja durchaus natürlich erscheint, in erster Linie organisierte Arbeiter ausgesperrt werden sollen.

Daß das auf die Dauer so nicht weitergehen kann, ist doch klar. Ich meine, es müßte doch auch den einsichtsvollen Fabrikanten, es müßte vor allen Dingen unseren höheren Beamten und der Regierung selbst der Gedanke kommen: ja, wollen wir russischen Zuständen entgegenstreben? Wollen wir Leute, die nichts getan haben, als daß sie ihrer Arbeit nachgehen, dafür büßen lassen, weil anderwärts Arbeiter Forderungen gestellt haben? (Abg. Eichhorn: Zuchttausgelei!) Wie verhält sich denn die Sache? In Hannover, Braunschweig, Dresden, Breslau — in Dresden haben übrigens die Arbeiter zum größten Teil nachgegeben — hatten die Arbeiter Forderungen an ihre Unternehmer gestellt; weil die Unternehmer dort die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen wollten, sollen die Arbeiter in Mannheim, München und Augsburg, ja überall in Deutschland auf das Straßenpflaster gesetzt werden! Da sage man noch, daß wir keine Klassenkämpfe haben! Da sage man noch, daß sich alle diese Kämpfe in Wohlgefallen auflösen würden, wenn nur die „bösen Hezer“ nicht wären!

Wir haben kürzlich in Neckarau einen Streik in der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik gehabt, und es ist notwendig, auch darüber ein paar Worte zu sagen. Dieser Streik ist für die Arbeiter verloren gegangen. Es kamen etwa 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage, die höhere Löhne forderten. Was war die Folge davon? Daß die Fabriken geschlossen wurden, daß man jedes Entgegenkommen ablehnte, daß die Herren Fabrikbesitzer einfach ins Bad gingen, um die Arbeiter förmlich zu verhöhnern, und daß sie dann sagten: an einem bestimmten Tage werden wir unsere Fabrik wiederum öffnen. Nach fast vierwöchentlicher Dauer des Streiks und der Aussperrung sind die Fabrikttore geöffnet worden und die Arbeiter sind zurückgekehrt, aber eine Anzahl wurde zurückgewiesen. Diese Arbeiter stehen auf der schwarzen Liste und bekommen auch anderwärts keine Beschäftigung.

Bei dieser Gelegenheit hat das Mannheimer Bezirksamt eine Stellung eingenommen, die sehr viel von der Objektivität vermissen läßt, welche die Behörden in solchen Streikfällen an den Tag legen sollten. Das Bezirksamt hat nämlich eine Bekanntmachung erlassen, worin es heißt: „Mit Rücksicht auf die bevorstehende Wiederaufnahme der Arbeit in der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik bringen wir, da wiederholt Zuwiderhandlungen gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung stattgefunden haben, folgende Bestimmungen nachstehend zur allgemeinen Kenntnis“; und es heißt dann: „Demgemäß wird gegen alle diejenigen unachtsamlich eingeschritten werden, welche auch nur den Versuch machen sollten, die Arbeiter, welche sich auf dem Weg

zur Arbeit befinden, zu behelligen.“ Während des ganzen Streiks sind Ausschreitungen nicht vorgekommen; die ausgesperrten Arbeiter haben sich musterhaft benommen, obgleich verschiedene Organisationen beteiligt waren und diese Organisationen nicht bis zum Schluß friedlich zusammengewirkt haben. Es lag also für das Bezirksamt gar kein Anlaß vor, voranzusetzen, bei Wiederaufnahme der Arbeit würden die Arbeiter irgendwelche Ungehörlichkeiten begehen.

Ich will hier bei dieser Gelegenheit auf die Wohltätigkeits-Einrichtungen der Unternehmer kurz zu sprechen kommen. Diese Neckarauer Fabrik hat außerordentlich viel Wohltätigkeits-Einrichtungen geschaffen; sie ist ganz besonders stolz darauf und in dem 25jährigen Jubiläumsbericht der badischen Fabrikinspektion ist diese Firma auch lobend erwähnt worden. In dem Anhang zu diesem Bericht wird gesagt, daß von 550 Anfragen über Wohltätigkeits-Einrichtungen nur 280 beantwortet zurückgekommen seien, und einige hätten es ausdrücklich abgelehnt, auf die Fragen zu antworten. Einer der Fabrikanten habe seinen Fragebogen mit Nullen verziert, statt Antworten dahinter zu schreiben, und habe dazu geschrieben: „Die besten Wohltätigkeits-Einrichtungen sind hohe Löhne; ich zahle sie.“ (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Da der Name nicht genannt ist, kann man dies nicht nachprüfen, aber der Grundsatz ist zweifellos richtig. Sehr viele Fabrikanten nehmen den Standpunkt ein, recht viele Wohltätigkeits-Einrichtungen zu treffen, aber niedrige Löhne zu zahlen; dann kosten sie die Wohltätigkeits-Einrichtungen nichts, sondern sie bringen noch etwas ein. In der erwähnten Neckarauer Fabrik, wo die vielen Wohltätigkeits-Einrichtungen sind, haben die Arbeiter wegen zu geringen Lohnes die Arbeit niedergelegt. Hätte die Fabrik weniger Wohltätigkeits-Einrichtungen gehabt und höhere Löhne bezahlt, so wäre das wohl nicht geschehen.

An den Wohltätigkeits-Einrichtungen partizipieren aber auch vielfach Leute, die nicht zu den Arbeitern zu rechnen sind. Ich möchte bemerken, daß der ganze Versuch, die Wohltätigkeits-Einrichtungen statistisch zu erfassen, vollständig mißglückt ist (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), da man veräumt hat, Fragen zu stellen, die gestellt werden müßten, z. B. was tatsächlich jährlich ausgezahlt worden ist, nicht was ausbezahlt werden kann, wie viel Arbeiter an den Auszahlungen partizipieren, und ob an diesen Auszahlungen nicht auch Leute partizipieren, die schlechterdings nicht zu den Arbeitern zu rechnen sind. Da will ich eines herausgreifen, was Bände spricht. Auf Seite 429 des genannten Berichts heißt es, daß eine Firma ihren Arbeitern, die mindestens drei Jahre in ihren Diensten stehen, jährlich eine Woche Ferien gibt bei vollem Lohn. Das ist eine Einrichtung, die vielfach schon besteht und anerkannt werden muß. Ich weiß nicht, was das der Firma kostet, wie viel Arbeiter dabei in Frage kommen. Aber ganz naiv kommt hinterher folgender Satz, daß auch folgende Wohltätigkeits-Einrichtung getroffen ist: „Die Beamten der Firma haben Anrecht auf 8 bis 21 Tage Ferien jährlich, die sie mit ihren Familienangehörigen im Ferienheim der Magdengesellschaft Villa Balmberg, 1200 oberhalb Brunnen, Vierwaldstättersee, 1293 Meter ü. M., verbringen können. Die Firma vergütet die Hälfte des sehr niedrig gehaltenen Pensionspreises, sowie die halbe Fahrtzeit zweiter Klasse ab Bohnort bis zur Station Brunnen am Vierwaldstättersee und zurück.“ Hier partizipieren also an den Wohltätigkeits-Einrichtungen auch die Beamten; das wird aber alles aufgezählt als Arbeiterwohltätigkeits-Einrichtungen! So sind noch mehr Beispiele da, nur daß andere Fabrikanten mit den Angaben zurückhaltender gewesen sind.

Zu komme zum Schluß und will nochmals hervorheben, daß die Angriffe auf die wandernden Arbeiter vollkommen unberechtigt waren, und daß wir uns verbiten, in Zukunft die Arbeiter so zu beleidigen. Früher haben die Zünfte vorgeschrieben, daß die jungen Handwerker wandern mußten, weil man wußte, daß sie dadurch im Handwerk besser ausgebildet werden, und weil man wußte, daß ihre Urteilskraft dadurch gestärkt wird. Ich berufe mich darauf, was der Herr Kollege Quenzer vor einigen Tagen gesagt hat, daß unseren Leuten viel zu viel die Beobachtung fehlt, daß sie die Natur zu wenig anschauen. Dadurch würde die Energie und die Urteilskraft geweckt und gestärkt werden. Auch steckt ein gutes Stück Poesie in dem Wanderleben. Man weiß nicht, ob die Zahl derjenigen, die dabei etwa untergehen, nicht auch im Sumpfe der Großstadt zugrunde gegangen wären. Ich weiß noch lange nicht, ob derjenige, der wirklich ein Vagabund geworden ist, der sich bettelnd durchschlägt, vom Standpunkt der menschlichen Gesellschaft aus nicht noch besser ist als der, der in der Großstadt zum Verbrecher geworden ist und das Gefängnis bevölkert. Ich meine, die Herren Abg. Banschbach und Gierich hätten am allerwenigsten Grund gehabt, so gegen die Wanderlust zu reden; denn es sagt schon ein altes, heute noch viel gelungenes Lied: „Wem niemals fiel das Wandern ein, das muß ein schlechter Müller sein!“ (Weiterkeit).

Abg. **Reuhaus** (Zentr.): Der Herr Abg. Lehmann hat den letztjährigen Bericht der Fabrikinspektion mit vielem Fleiß und vieler Mühe durchstudiert, und hat uns auch all das vorgeführt, was der Fabrikinspektor angegeben hat über mangelndes soziales Verständnis der Unternehmer. Aber ich glaube, daß diejenigen, die den Bericht gelesen haben, finden werden, daß, wenn das alles ist, was dort angeführt ist, da wir in Baden doch über 9—10 000 Fabriken und über 200 000 Arbeiter haben, wir sagen können: Gott sei Dank, es muß bei uns in Baden gut bestellt sein! Denn es waren doch nur Kleinigkeiten, mit wenigen Ausnahmen, die der Herr Abg. Lehmann uns vorgetragen hat.

Es ist außerordentlich bedauerlich, wenn es wirklich im badischen Lande einen Zigarrenfabrikanten gibt, der nicht einmal einer Mutter die genügende Zeit hat geben wollen, ihrem Kinde die natürlichste und beste Nahrung zu geben; wenn wirklich ein solcher Mann in Baden wohnt, so kann ich das nur bedauern. Denn es gibt keine Industrie, die so wie die Zigarrenindustrie ganz speziell den weiblichen Arbeitern jedwede Zeit, die sie nur immer beanspruchen für Haus und Familie, bereitwilligst einräumt. Wenn eine Frau oder eine Mutter nicht um 7 Uhr kommen will, so kommt sie um halb 8 Uhr, und wenn sie um halb 8 Uhr nicht kommen will, so kommt sie um 8 Uhr, und wenn sie um 11 Uhr heimgehen will, so kann sie es tun, und auch, wenn sie erst um 2 Uhr kommt, nachdem sie ihre Kinder in die Kleinkinderschule gebracht hat, so wird kein vernünftiger Fabrikant dagegen etwas einzuwenden haben, denn wir haben uns darauf eingerichtet, daß die Frauen Gelegenheit bekommen, ihrem Haushalt vorzustehen. Es sollen irgendwo ein Fabrikant und dessen Beamte einmal den Gedanken gehabt haben, ledigen Wöchnerinnen die Krankentassenunterstützung zu verweigern. Ja, das ist, offengestanden, ein großes Unverständnis, aber es wäre auch gesegwidrig gewesen. Auf derartiges trifft man leider auch in Arbeiterkreisen; es ist zu mir einmal ein Arbeiterauschuß gekommen und hat denselben Antrag gebracht, ich habe sie aber ausgelacht (Zwischenrufe), und die Arbeiter waren nach wenigen Minuten, nachdem ich ihnen alles erklärt hatte, einverstanden.

Was sollen denn solche einzelne wenige Beispiele, um zu zeigen, daß die badische Arbeiterschaft sozial unverständlich sei? Es ist leider wahr: die Lohnkämpfe nehmen zu. Ich bestreite nicht das Recht der Streiks, ich bestreite auch nicht das Recht der Koalition unter den Arbeitern, sie muß nach unserer Auffassung noch weiter ausgebildet werden. Aber es ist leider eingetreten, was zu befürchten war, und was Fürst Bismarck schon vor 35 Jahren prophezeit hat, daß den Arbeiterorganisationen notwendigerweise die Organisationen der Arbeitgeber folgen werden. Wenn Sachen vorkommen, wie jetzt beim Metallarbeiterstreik, daß rücksichtslos 60 Prozent der Arbeiter ausgesperrt werden sollen, und daß Arbeiter ausgesperrt werden sollen, die nicht der Organisation angehören, und die an der ganzen Sache nicht beteiligt sind, so ist das natürlich zu bedauern, und solche Arbeitgeber werden sicherlich nicht die Sympathie des deutschen Volkes auf ihrer Seite haben! Aber Gott sei Dank sind ja heute Telegramme zu lesen, nach denen auf eine Vereinbarung noch zu hoffen ist. Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn 300 000 Arbeiter geschädigt würden, es wäre aber nicht nur nachteilig für die Arbeiter selbst, sondern auch für die deutsche Industrie, die durch diese Streitigkeiten brach gelegt würde.

Der Herr Abg. Lehmann hat in etwas witzelndem Ton davon gesprochen, daß Beiträge geleistet würden zu den katholischen Gesellenvereinen. Ich weiß nicht, ob die Beiträge zu den katholischen Gesellenvereinen nicht besser angewandt sind, als die Beiträge zur sozialdemokratischen Parteiorganisation! (Lachen bei den Sozialdemokraten; Beifall beim Zentrum.)

Der Herr Abg. Lehmann hat auch den Streik in Neckarau in die Debatte hineingezogen. Es ist nicht meine Aufgabe, mich da hinein zu mischen, und zu entscheiden, ob das größere Recht auf der Seite der Arbeiter oder auf der Seite der Unternehmer gewesen ist; aber das eine bedauere ich ganz außerordentlich: der Streik wäre nämlich schneller zu Ende gegangen, wenn nicht in dem sozialdemokratischen Organ, nachdem der Streik ausgebrochen war, in einer Art und Weise, und in schwer provozierenden Ausdrücken gegen die Arbeitgeber vorgegangen worden wäre. Solche Ausdrücke mußten eine Vereinbarung unmöglich machen. Es wäre angebracht gewesen, gleich einen verständlichen Ton anzuschlagen, nachdem der Streik ausgebrochen war; so wurde es schwer, auf den Friedensschluß hinzuarbeiten, nachdem ein Organ, das als das Organ der Arbeiter betrachtet wird, nichts Besseres zu tun weiß, als in der Weise die Arbeitgeber anzugreifen. (Abg. Eichorn: Sollen sie etwa betteln und bitten?)

Nun komme ich zu der großen Kanonade wegen der Arbeitslosen auf der Landstraße. Drei Attaken wurden schon geritten, zwei weitere folgen sicher noch (Weiterkeit). Glauben Sie nur nicht, daß ich nicht eine so gute Meinung habe von unseren gesamten badischen Arbeitern, ganz einerlei, in welchem politischen Lager sie stehen, daß die nicht herausfinden, wenn sie meine Rede in dieser Debatte lesen, daß die ganzen Ausführungen, die ich gemacht habe, außer auf der Seite der Sozialdemokratie, unmöglich hier im Hause den Eindruck hervorgebracht haben können, als ob ich auch irgendwie eine arbeiterunfreundliche Stellung einnehmen wollte. Wenn ich von den Arbeitslosen auf der Landstraße gesprochen habe und gesagt habe, da ist ein Fragezeichen zu machen, ob sie auch alle arbeitswillig sind, so glaube ich, daß wohl niemand sonst im Hause sein dürfte, der die Sache anders auffaßt, als daß ich die sog. nichtarbeitswilligen Stromer meine, und der Begriff „Stromer“ ist ein so eng umgrenzter, daß jeder anstän-

dige Arbeiter sich schämen wird, wenn man ihn damit bezeichnet (Zwischenruf und Lachen bei den Sozialdemokraten). Wer draußen auf dem Lande wohnt, der kann fortgesetzt täglich diese Erfahrung machen: Wenn ein derartiges, arbeitscheues Individuum kommt, und man ihm dann sagt, es ist Arbeit da, gehen Sie bitte zum Essen und nachher kommen Sie zur Arbeit — und ich habe selbst schon wiederholt diese Erfahrungen gemacht —, dann ist er in einer halben Stunde verduftet; oder wenn man ihn zu einem Bekannten schickt und ihm sagt: „Bestellen Sie einen schönen Gruß von mir, er nimmt Sie an als Arbeiter“, dann geht er nicht hin, sondern geht um die Ecke (Geisterzeit). Also, ich möchte mir mit aller Entschiedenheit verbitten, und muß mich gegen solche Vorwürfe auf das nachdrücklichste verwahren, als ob ich die Arbeitswilligen hätte angreifen wollen, die arbeitslos sind. Wenn ich „auf der Landstraße“ gesagt habe, so kann man nicht ohne außerordentlich gewagte Deutung hineinlegen wollen, als ob ich damit die Ortsstraße gemeint hätte, wo ein Streif oder wo keine Arbeit ist!

Wenn der Herr Abg. Lehmann das Lied singt von dem wandernden Handwerksgehilfen, da stimmen wir alle freudig ein, daß das Wandern eine Lust ist. Es gibt heute noch so viele, denen es ein Vergnügen macht, ab und zu, von Ort zu Ort zu wandern, da und dort sich Arbeit zu suchen, nachdem ihre Sparfamkeit oder ein wohlbestallter Vater ihnen einige Taler in die Tasche gegeben hat, die einige Tage arbeiten und dann nach Herzenslust das genießen, was das Leben den alten Handwerksgehilfen brachte. (Abg. Kolb: Sind denn die anderen Stromer, die kein Geld in der Tasche haben?) Herr Kollege Kolb, ich habe Ihnen deutlich erklärt: ich meine die gar nicht, die jahraus, jahrein auf der Landstraße liegen und nicht arbeiten wollen, diese eigentümliche Kategorie von Leuten, die sich in den Herbergen aufhält, kurz und gut die, die man die Stromer nennt. Sie werden mir doch nicht unterstehen wollen, daß ich einen braven Handwerksburschen, der Land und Leute kennen lernen will, unter die Stromer einreihe! Ich brauche mich übrigens wegen der Sache nicht aufzuregen! Ich fürchte auch die Attacken nicht, die später bei den Wahlkämpfen geritten werden, wenn Sie damit kommen. Unsere badischen Arbeiter sind viel zu helle, um auf so etwas hineinzufallen (Sehr richtig! im Zentrum).

Die Verhandlungen während der Beratung dieses Teils des Budgets haben erfreuliches gezeigt. Alle Parteien dieses Hauses mit Ausnahme der Sozialdemokraten stehen auf dem gleichen Boden, daß dem Gewerbe geholfen werden kann und daß man keine Ursache hat, an der Zukunft des deutschen Gewerbes und deutschen Handwerks zu verzweifeln. Ich habe mich sehr über die eingehenden Ausführungen des Herrn Kollegen Rebmann gefreut, ebenso über die des Herrn Abg. Vogel und des Redners der Konserverativen.

Der Herr Abg. Rebmann hat bedauert, daß nicht ein fähiger Freiburger Handwerksmeister hier in diesem Landtage seinen Platz habe. Er hat, ohne den Namen zu nennen, den Herrn so genau bezeichnet, daß jeder weiß, wer es sein soll. Wir auf dieser Seite des Hauses würden uns ebenso herzlich freuen, wenn noch ein weiterer befähigter Handwerksmeister hier im Landtag seinen Platz hätte. Zu der Personenfrage allerdings gehen unsere Wünsche auseinander. Wir möchten nicht etwa an Stelle unseres Freundes Fehrenbach einen Handwerksmeister da drüben (zu den Liberalen) sitzen sehen; sondern, wenn nicht so kräftige sozialdemokratische Kräfte mitgewirkt hätten, würde hier in unseren Reihen ein sehr tüchtiger Handwerksmeister aus Freiburg sitzen (Sehr

richtig! im Zentrum; Zursif von den Sozialdemokraten: Kräuter ist auch ein Freiburger!).

Der Herr Abg. Pfeiffle hat geglaubt, die Objektivität des Berichtstatters anzweifeln zu sollen. Er hat, als der Herr Abg. Gierich ihm erwiderte, dazwischen gerufen: Nicht die Person habe ich gemeint! Er hat nach dem Bericht der „Karlsruher Zeitung“ gesagt: „Ich will mich weniger beklagen über den schriftlichen, als vielmehr über den mündlichen Bericht.“ Der Vorwurf sollte meine Person treffen (Abg. Pfeiffle: Mündlicher Bericht habe ich gesagt!). Sie haben sich weniger beklagt über den schriftlichen. Darin liegt ein Tadel auch über den schriftlichen Bericht. Eine andere Logik kann ich nicht hineindenken. Den Vorwurf kann ich für meine Person nicht hinnehmen. Der Vorwurf trifft die gesamte Budgetkommission. Der Herr Abg. Pfeiffle — ich kann das zu seiner Entschuldigung annehmen — ist wohl noch nicht lange genug im Landtag, um das ganz genau zu verstehen und beurteilen zu können: Kommissionsbericht ist weiter nichts, als der Niederschlag der Verhandlungen in der Kommission. Der Berichtstatter weiter nichts als das ausführende Organ der Beschlüsse und Beratungen der Kommission. Er hat dies zu Papier zu bringen, und hat nicht das Recht, in seinem schriftlichen Bericht seine eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die gesamte Kommission liest, bevor der Bericht in Druck gegeben wird, den Bericht durch, oder er wird vorgelesen, und erst, nachdem die gesamte Kommission ohne jede Ausnahme — und es gehören Angehörige aller Parteien der Kommission an — diesen Bericht für richtig gehalten hat, ging der Bericht in Druck und ins Land hinaus (Abg. Pfeiffle: Ich habe den mündlichen Bericht gemeint!). Wenn der Herr Abg. Pfeiffle meinen mündlichen Bericht beanstandet, dagegen kann ich gar nichts sagen. Das ist auf dem Boden des Parlamentarismus erlaubt.

Der Herr Abg. Pfeiffle hat dann geglaubt: ich hätte mich hier öffentlich als Anhänger des Befähigungsnachweises erklärt. Nein, Herr Abg. Pfeiffle, das ist mir gar nicht eingefallen. Ich habe nur von dem sog. kleinen Befähigungsnachweis gesprochen, und der sog. kleine Befähigungsnachweis ist gestern durch unsere Debatte über das Submissionswesen insofern gutgeheißen worden, als daß die Weite der Vorrechte haben sollen, und daß die geprüften Meister, die geprüften Gesellen Vorrechte haben sollen; das ist das, was man unter dem sog. kleinen Befähigungsnachweis versteht. Wir freuen uns im Gegenteil, daß Handwerk und Gewerbe speziell bei uns in Baden sich soweit geeinigt haben, daß man Abstand nimmt von der Forderung nach dem allgemeinen Befähigungsnachweis, was ich für meine Person auch für kein Glück im Handwerkerstand halten würde; da spreche ich allerdings nicht im Namen meiner ganzen Partei. Ich glaube zwar, hier in diesem hohen Hause wird keiner sein in unserer Fraktion, der auf dem Boden des allgemeinen Befähigungsnachweises steht. Ich weiß aber wohl, daß über diesen Punkt die Meinungen in der Zentrumsfraktion im Reichstag auseinandergehen.

Es ist dann in etwas wegwerfendem Tone gesprochen worden von den Wohlfahrtsinstitutionen der Arbeitgeber. Es ist recht, was der Herr Abg. Lehmann gesagt hat: die beste Wohlfahrtsinstitution sind hohe Löhne. Aber wenn daneben noch im Deutschen Reich die Arbeitgeber in den letzten Jahren pro Jahr nahezu 100 Millionen für freiwillige Wohlfahrtsinstitutionen, freiwillige Beiträge zum Wohle der Arbeiter aufgebracht haben, wenn außerdem, seit wir die deutsche Sozialgesetzgebung im Deutschen Reich haben, die Arbeitgeber im Deutschen Reich rund 200 Millionen pro Jahr aufbringen, so meine ich, sollte man über solche Sachen nicht in

einer so wegwerfenden Art und Weise sprechen. Seien wir doch vernünftig! Bleiben wir dabei auf dem Standpunkt: das eine tun und das andere nicht lassen (Sehr richtig! im Zentrum).

Der Herr Abg. Pfeiffle hat von Raubvögeln gesprochen (Weiterkeit im Zentrum). Ich meine, es war kein schönes Lied, das da Herr Pfeiffle gepfiffen hat (Weiterkeit). Das war nicht der Gesang eines Singvogels, der im Monat Mai uns alle draußen erfreut. Wir kam es mehr vor wie der Gesang einer Spottdroffel. Oder ist es denn nicht als Hohn und Spott aufzufassen für die armen Heimarbeiter, wenn ihnen der Wunsch mit auf den Weg gegeben wird: lieber gar keine Arbeit, lieber gar kein Brot, als noch dieses tägliche Brot! (Abg. Pfeiffle: Wenn sie auf solche unverschämte Weise ausgebeutet werden!). Herr Abg. Pfeiffle, Sie haben hier im Landtag gesagt, daß es besser wäre, sie hätten gar keine Arbeit, als eine so schlecht bezahlte Arbeit. Nein, man soll sich bestreben, daß die schlecht bezahlte Arbeit verbessert wird, daß die Heimarbeiter in bessere Verhältnisse hineinkommen, daß sie gegen Krankheit, Alter, Unfall und Invalidität versichert werden. Man soll dafür Sorge tragen, daß das Heim dieser Arbeiter vielleicht durch allgemeine Unterstützung hergerichtet wird, daß die Arbeiter darin vorgekommen werden können, ohne Schaden für ihr Leben und ihre Gesundheit. Aber man soll nicht den Leuten sagen: Lieber gar keine Arbeit, als gering bezahlte Arbeit! Denn sie brauchen den geringen Lohn dringend notwendig, um ihre täglichen Ausgaben zu bestreiten.

Wenn Herr Pfeiffle weiter sagt, das Handwerk habe keine Zukunft, es kämen die großen Raubvögel, die ihm die Zukunft wegnehmen, so werden sich dafür auch unsere wackeren deutschen Handwerker bedanken. Sie haben gottlob noch so viel Selbstvertrauen und Gottvertrauen, daß sie noch nicht an ihrer Zukunft verzweifeln. Wir haben in Baden noch 60 000 selbständige Handwerker und wir werden sehen im Jahre 1907 bei der Gewerbezahlung, daß wir auch eine sehr große Anzahl selbständiger Geschäftstreibender in Deutschland haben. Uebrigens steht der Herr Pfeiffle da in direktem Widerspruch zu den Anschauungen des sozialdemokratischen Parteiführers Bernstein; dieser hat hierüber sehr klare Ausführungen gemacht. Er hat gesagt: der selbständige Mittelstand nehme nicht ab, sondern zu, nicht nur absolut, sondern auch relativ (Zuruf von den Sozialdemokraten: Nur absolut, nicht relativ!). Es werden auch noch neue Mittelstände geschaffen, aber auch die Bauern, die Landwirte des kleineren und mittleren Besitzes haben in den letzten Jahrzehnten bedeutend zugenommen auf Kosten des Großgrundbesitzes. Das wäre der umgekehrte Prozeß als der, den Sie dem Mittelstand prophezeien, wonach der tüchtige Mittelstand mit einer kleineren Anzahl von Angestellten eher zu-, als abgenommen hat! Der Mittelstand nimmt also nicht ab, sondern zu, in einzelnen Fällen also absolut und relativ, in anderen absolut. Solange er aber absolut noch zunimmt, brauchen wir dem Mittelstand sein Sterbelied noch nicht zu singen. Herr Pfeiffle hatte gewiß keine Ursache, in der Zweiten Badischen Kammer den alten schönen Spruch des deutschen Handwerks: „Gott schütze und erhalte das ehrliche Handwerk“, so wegwerfend zu behandeln (Abg. Pfeiffle: Es ist mir der Ton, wie man es ausspricht!).

Der Herr Kollege Krüger hat sich im allgemeinen mit meinen Ausführungen und Anschauungen in bezug auf das soziale Verständnis und auf die soziale Auffassung einverstanden erklärt. Er hat mir den Wunsch mit auf den Weg gegeben, ich möcht' dafür sorgen, daß auch in der Reihe meiner Kollegen —

er meinte da wohl die Industriellen — mehr soziales Verständnis Eingang findet. Ich danke ihm für die außerordentlich wohlwollende Meinung, daß ich so großen Einfluß hätte. Dieser ist leider nur ein geringer; aber in dem geringen Maße, in dem er mir zur Verfügung steht, werde ich gerne davon Gebrauch machen. Er möge mir nur gestatten, daß ich ihm auch einen Rat auf den Weg gebe, und der ist der, daß die einflussreichen sozialdemokratischen Führer auch ihren Einfluß dahin geltend machen, noch mehr als der Herr Abg. Lehmann angedeutet hat, daß frivole Streiks vermieden werden und daß, wenn wirklich Streiks vorkommen, auch wieder bald Friede eintrete und die Streiks nicht unnötigerweise ausgedehnt werden. Und dann noch einen: Darin sollten Sie vornehmlich ihre Aufgabe finden, dahin zu wirken, daß die freien sozialdemokratischen Organisationen und Gewerkschaften überall da, wo es sich um Arbeiten, um Vereinbarungen und Tarifabmachungen handelt, sich nicht weigern, mit den christlich organisierten Arbeitern zusammen zu arbeiten und gemeinsam Tarife abzuschließen. Hier besteht eine Härte und Rücksichtslosigkeit, die unglaublich ist. Die Leute, die mit ihnen auf einer Schulbank gesessen sind, ihre Freunde und Nachbarn, sollten keine Arbeit bekommen. Die freien Gewerkschaften sollen das Recht der freien Koalition haben, sie sollen aber Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht nur für sich allein haben, wir wollen gleiches Recht für alle! (Verschiedene Zwischenrufe; Beifall im Zentrum).

Präsident Dr. Wilkens bittet, Zwischenrufe zu unterlassen.

Abg. Neuhans (fortfahrend): Es ist ja wahrhaft traurig, wenn man Fälle sieht, in denen man nicht einig war, und wo von der anderen Seite verlangt wurde, daß die christlichen Arbeiter entlassen werden, wo man sagte: mit denen arbeiten wir nicht zusammen, mit unsere: Jugendfreunden! (Zuruf von den Sozialdemokraten: Nein, das waren Streikbrecher!). Nein, sie waren nicht Streikbrecher, sie haben sich von Anfang an auf den gleichen Boden gestellt.

Ich habe nichts gegen die Arbeiterorganisationen, aber wenn man einen Vergleich zieht zwischen den Summen, die die deutschen Arbeiter in ihren Organisationen aufbringen — es sind im letzten Jahre rund 20 Millionen gewesen — und denjenigen Summen, die die englischen Arbeiter aufbringen, dann muß man staunen, für welche Zwecke die Gelder in England und für welche sie in Deutschland verwendet werden. Die Engländer haben für Arbeitslosenunterstützungen 7¼ Millionen, für Krankenunterstützungen 3 Millionen, für Invalidenunterstützungen 1 Million, für Reiseunterstützung ebenfalls 1 Million ausgegeben. In Deutschland wurden von den 20 Millionen für derartige Zwecke 4 Millionen ausgegeben und die anderen 16 Millionen für Parteizwecke usw. und nicht für die Unterstützung der Arbeiter.

Und nun noch eines: Schon öfter haben sich die Herren Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion erlaubt, in unsere Reihen hineinzurufen, wenn einer meiner Kollegen das Wort hatte: Das verstehen Sie nicht! Wenn Ihre Kenntnisse so groß sind, wie die Ueberhebung, die in solchen Zwischenrufen liegt, dann beneiden wir Sie um Ihr Wissen (Lachen bei den Sozialdemokraten!). Wir sind stolz darauf, daß wir in unseren Reihen einen Arbeiter haben, der sich noch von seiner Hände Arbeit ernähren muß. Es macht doch einen schlechten Eindruck, wenn Sie in solcher Art und Weise gegen einen Arbeiter vorgehen. Als der Kollege Bauschbach sprach, da erscholl aus Ihren Reihen heraus der Ruf: „Sie messen

dem ja viel zu viel Bedeutung bei!" Was liegt in einer solchen Äußerung für eine Mißachtung! Man denkt wirklich dabei an einen Spruch, den bei einer Versammlung in Leipzig-Plagwitz der Delegierte Fischer von Dresden aussprach, indem er sagte: "Innerhalb der Sozialdemokraten wird vielfach darüber geklagt, daß man immer mehr den Arbeiter als einen dummen Kerl betrachtet, der zum Flugblattausstragen u. zu aufreizenden Organisationsarbeiten gerade gut genug ist." (Beifall beim Zentrum; Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vogel (Dem.): Ich will mich in den Streit zwischen den Rednern hängen und drüber nicht einmischen, sondern ich sehe mich durch die Ausführungen des Herrn Ministers vom vorigen Donnerstag veranlaßt, hier noch einiges zu bemerken. Der Herr Minister hat uns, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, mit Sammtstücken angefaßt, indem er uns Redner am ersten Tag, ebenso wie die Handwerker wegen der Sachkenntnis belobte. Ich muß aber bedauern, daß diese Sachkenntnis nur so weit anerkannt wurde, als wir die Einrichtungen, die die Regierung bis jetzt geschaffen hat, anerkennen. Sobald wir aber darüber hinausgehen und die Einrichtungen erweitert und vermehrt haben wollen, dann hört unsere Sachkenntnis in den Augen der Regierungsvertreter auf.

Ich habe auch über das Lernbedürfnis im Volk, über das Lernbedürfnis im Kreise der Arbeiter und Handwerker gesprochen. Auf diesem Gebiet dürften doch auch wir, die Arbeiter und Handwerker, die dieses Lernbedürfnis empfinden, Sachkenner und Sachverständige sein. Und wenn wir unsere Ansicht hier vortragen, daß die fachgewerblichen Lehranstalten, welche bis jetzt bestehen, diesem lebenswerten, weit verbreiteten Lernbedürfnis nicht genügen, dann sollte man unsere Worte auch anerkennen. Wir müssen auch auf diesem Gebiete vorwärts schreiten, damit es uns nicht so geht wie bei unserer Volksschule. Wer jemals das unbefriedigte Gefühl in seiner Brust verspürt hat, daß er gerne lernen möchte, dazu aber aus finanziellen Gründen nicht in der Lage war oder weil in dem Ort die betreffende Schule sich nicht befand, der ist sachverständig in dieser Sache. Ich insbesondere fühle mich hier als Sachverständiger, denn ich habe in meiner Jugend diese inneren Kämpfe durchzukosten gehabt, habe jahrelang abends gearbeitet, um die Lücken meiner sehr geringen Schulbildung, welche ich in einer ganz unbedeutenden Volksschule erhalten hatte, soweit als möglich auszufüllen. Deshalb bin ich, seitdem ich erwachsen bin, jederzeit auf dem Posten, wenn es gilt dem Lernbedürfnis in den weitesten Kreisen der Bevölkerung entgegen zu kommen, sei es durch Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Abschaffung des Schulgeldes, auch in Mittelschulen, sei es durch Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, sei es durch Erweiterung der Fachschulen. Ich weiß auch durch meine Tätigkeit als Vorsitzender eines Arbeiterfortbildungsvereins, daß in den Kreisen der jungen Arbeiter, Kaufleute und der zukünftigen Handwerker ein sehr dringender Wunsch nach Fortbildung besteht. Deshalb bin ich der Ansicht, daß die Zahl unserer Schulen und besonders die eine Baugewerkschule dem großen Bedürfnis, welches in der Bevölkerung vorhanden ist, nicht genügt und nicht genügen kann. Diese gewerblichen Schulen sollen und müssen sich immer weiter entwickeln und mehr ausbreiten, in erster Reihe im Interesse der staatlichen Anstalten selbst, aber auch im Interesse der Handwerker und der Industrie. Nicht mit Schlagwörtern kann dem Gewerbebedarf Genüge geleistet werden, hier, Herr Minister, hier können nur Taten helfen!

Nun habe ich gesagt, es sollten derartige Schulen im ganzen Lande, insbesondere an den Ecken der verschiedenen Handwerkskammerbezirke errichtet werden. Der Herr Minister glossierte das etwas, daß ich drei auf einmal wünsche, und als ich sagte: "Nach und nach", da wurde mir der Wig zuteil: "Natürlich zuerst für Mannheim". Nun, weshalb ich zuerst nach Mannheim die Schule wünsche, will ich Ihnen klarstellen: Weil wir in Mannheim wissen, daß der Staat für derartige Schulen augenblicklich wenig Geld aufbringen will, vielleicht auch, bevor die Steuerverhältnisse nicht geregelt sind, nicht aufbringen kann, wollte die Stadtgemeinde dem Staat selbst unter die Arme greifen und wünschte nicht eine auf Staatskosten errichtete Schule, deren Betrieb annähernd wie diejenige hier in Karlsruhe 164 000 M. im Jahre kostet, sondern wir wünschten, daß eine Abteilung der Baugewerkschule an die städtische Ingenieurschule angereiht werde, und wünschten nur das weitere, daß die Regierung einen Zuschuß von 15-20 000 M. dazu gäbe und selbstverständlich die Aufsicht über diese Schule, soweit die Baugewerkschulabteilung in Betracht kommt, übernehme und auch die Prüfungen durch staatliche Kommissäre abhalten ließe. Das wäre, wenn vielleicht auch nicht ein idealer Zustand für eine staatliche Baugewerkschule, aber doch ein sehr gangbarer Ausweg gewesen, wie man diesem Lernbedürfnis im Volke entgegenkommen konnte, ohne daß unerträgliche Kosten durch den Staat dazu aufgebracht werden müssen. Der Herr Minister hat den Kollegen Wittum als Kronzeugen aufgerufen dafür, daß die hiesige Baugewerkschule nicht überfüllt sei. Selbstverständlich konnte aber unser Kollege bei seinem Besuche dieser Schule nicht sehen, daß die Klassen überfüllt sind, weil bekanntlich im Sommer die Baugewerkschule nur die Hälfte der Zahl von Schülern hat wie im Winter. Während im Sommer 1905 296 Schüler die Anstalt besuchten, waren es im Winter 1905/06 505 Schüler.

Auch die stärkste Abteilung, die hochbautechnische Abteilung, welche im Winter 199 Schüler aufwies, hatte im Sommer nur 111 Schüler. Besonders aus den Ausführungen des Herrn Abg. Oberschulrats Reimann, der hier als Sachverständiger im wahrsten Sinne des Wortes herangezogen werden kann, können wir entnehmen, daß diese Schule einen Umfang erreicht hat, der gerade mit Rücksicht auf ihre Eigenart als Fachschule schon zu groß ist, als daß sie in richtiger und erfolgreicher Weise weiterhin geleitet werden kann. Es hat sich allerdings gezeigt, daß in den letzten Jahren der Zugang zu dieser Schule ein geringerer geworden ist, was daraus zu erklären ist, daß nun die Aufnahmebedingungen strenger gehandhabt werden, wodurch wahrscheinlich die Ueberfüllung vermieden werden soll. Im Jahre 1893/94 sind zugegangen: 178 Schüler, 1898/99: 160 Schüler, 1902/03: 101 1904/05: 105 Schüler. Es ist nicht richtig, wenn der Staat an einem Platz eine Fachgewerkschule errichtet und ruhig wartet, bis so viel Schüler da sind, daß nicht mehr alle aufgenommen werden können, und dann erst eine neue Schule errichtet. Wenn die Regierung einmal erkannt hat, daß diese Art von Bildung eine unbedingt notwendige ist, sollte sie diese Bildung durch Errichtung von weiteren Schulen auch zu verbreiten suchen.

Es zeigt sich weiter, daß die Karlsruher Schule sich nach und nach zu einer Schule des Karlsruher Kreises entwickelt. Der Besuch aus dem Kreise Karlsruhe ist vom Jahre 1895 bis zum Jahre 1905 gestiegen von 112 auf 158 Schüler, hat sich also um 41 Prozent vermehrt, während die Einwohnerzahl nur um 14 Prozent zugenommen hat. Umgekehrt wies Offenburg 1895 28 Besucher auf, 1905 25; Freiburg 1895 33, 1905 32

Schüler, trotz der gesteigerten Einwohnerzahl; Vörrach 1895 19, 1905 17. Auch die Beteiligung von Mannheim ist durchschnittlich zurückgegangen. Im Jahre 1895 kamen auf 100 000 Einwohner des ganzen Landes 27,6 Schüler, auf Mannheim 24, also nicht der Durchschnitt; 1905 kommen auf das ganze Land 27,3 Schüler auf 100 000 Einwohner (also auch der Durchschnitt für das ganze Land ist zurückgegangen), auf Mannheim nur 18 Schüler. Sie sehen schon aus dieser Statistik, daß diese Schule den Bedürfnissen und veränderten Verhältnissen nicht mehr allein genügt. Denn gerade in Mannheim sind Baugewerbe und Maschinenindustrie hoch entwickelt. Es könnten schließlich, wie ich schon sagte, die bahn- und tiefbautechnische Abteilung, welche im Winter nur 57 Besucher zählt, und die Abteilung zur Heranbildung der Gewerbelehrer, welche im Winter 53 Besucher zählte, ganz getrennt allein in der Karlsruher Zentrale belassen werden, während man für die dezentralisierten Schulen in den Handwerkskammerbezirken eine besondere hochbautechnische Abteilung und die maschinenbautechnische Abteilung (die elektrotechnische Abteilung ist ja vorläufig unbedeutend) einrichtet.

Der Herr Kollege Wittum wünschte für Pforzheim eine neue Kunstgewerbeschule und führte dabei aus, welche große Vorteile die Pforzheimer Industrie für das ganze Land mit sich brächte. Ich unterstütze das Gesuch des Herrn Kollegen Wittum gerne. Aber ich glaube, einer von uns Mannheimern hätte wohl nicht diesen Anklang gefunden. Man möge doch auch unserem Wünsche Rechnung tragen, insbesondere da Sie ja alle wissen, wie weit die Industrie in Mannheim sich entwickelt hat.

Auch betreffs der Einrichtung von Zentralgewerbehallen hat sich der Herr Minister etwas zurückhaltend gezeigt, auch da ist er nicht auf den Wunsch des Mannheimer Gewerbevereins, für den Betrieb dieser Gewerbehalle einen regelmäßigen jährlichen Zuschuß auszuwerfen, eingegangen. Der Herr Minister hat nur bekräftigt, was ich schon sagte. Wir haben für die neue Einrichtung 3000 M. und auch noch einen einmaligen Jahresbeitrag bekommen. Damit ist aber der Leitung dieser Halle nicht gedient, daß sie sich alle Jahre sorgen muß: bekommen wir diesmal den Zuschuß wieder und in welcher Höhe? Die Leitung ist in allen ihren Anordnungen zufolge dieser Angst vor einem Defizit gelähmt. Ich hätte gewünscht, die Hohe Regierung würde die Erklärung abgeben, daß sie (nachdem man ja die Berechtigung der Mannheimer Gewerbehalle und die Vorteile, die sie dem Gewerbebrachte bringt, anerkannt hat) einen jährlichen Zuschuß gibt, selbstverständlich vorbehaltlich der genauen Prüfung der Verwendung dieses Geldes.

Daß man dem Vorstand von Seiten des Ministeriums den Rat gibt, man solle überlegen, ob man nicht einen Beitrag für die Ausstellungsgegenstände erheben solle, um besser auf die Kosten zu kommen, das halte ich nicht für angebracht, solange in Karlsruhe und auch in Darmstadt, also in den beiden Gewerbehallen, die in der Nähe von Mannheim sind, derartige Beiträge für Ausstellungsgegenstände nicht geleistet zu werden brauchen. Eine Gewerbehalle würde zurückgehen, wenn sie hier eine Ausnahmestellung einnehmen wollte. Es ist ja wahr, es gibt Ausstellungsobjekte, die nur zu Reklamezwecken ausgestellt werden; das wird die Leitung der Mannheimer Gewerbehalle immer im Auge behalten; hier kann man selbstverständlich in gewissen Fällen Bezahlung verlangen. Aber im großen und ganzen, besonders was die Erzeugnisse der Handwerker anbelangt, müssen die Gegenstände frei und unentgeltlich ausgestellt werden.

Aber ich stehe hier nicht auf dem Standpunkt, daß wir jetzt in allen Gauen auf Staatskosten Hallen er-

richten sollen, wie ich glaubte, das aus der Rede des Herrn Kollegen Wiedemann herauslesen zu dürfen — denn dann würden wir vielleicht in vielen, vielen langen Jahren unsere Wünsche nicht erfüllt sehen — sondern ich möchte, daß dort, wo die Gemeinde gemeinsam mit der Handwerkerorganisation eine derartige Gewerbehalle errichtet, die Regierung nach der erforderlichen Prüfung eventuell einen entsprechenden Zuschuß überweist, selbst wenn diese Summe von 55 000 Mark überschritten wird, denn auch in den letzten Perioden ist dieser Satz ganz bedeutend überschritten worden, ohne daß irgend welche Einsparungen im hohen Maße erhoben wurden. Jeder hat sich vielmehr darüber gefreut.

Dem Herrn Kollegen Wiedemann kann ich auch nicht zustimmen, daß der Lehrplan der Handelsschulen sich nach der Größe der Stadt richten soll, daß er also beispielsweise in Mannheim weitergehen soll als in Bruchsal. In den Handelsschulen, also auch in Bruchsal, bekommen ja die jungen Kaufleute ihre Ausbildung nicht nur für die Betriebe an ihrem Orte. Es darf also keine Ausnahme in dem Lehrplan gemacht werden, er soll gleichmäßig aufgestellt werden, damit die jungen Handelsbesessenen in den kleinen Städten, wenn sie ihre Lehre hinter sich haben, im Kampf des Lebens gleichgestellt sind mit ihren Kollegen, die ihre Lehre in einer großen Stadt absolviert haben.

Das Genossenschaftswesen wird im Handwerk niemals die Bedeutung erreichen, wie in der Landwirtschaft. Das liegt in der Natur der Verhältnisse; die Konkurrenz der Landwirte wird nie so stark sein, wie unter den Handwerkern, da eben die Landwirtschaft auf das Ertragnis des Bodens angewiesen ist, auf den von oben herab gleichmäßig die Sonne scheint und der Regen rieselt. Da sind die Bedingungen gleichmäßig, höchstens daß der eine besser zu düngen versteht als der andere, und unter gleichmäßigen Bedingungen lassen sich auch leichter Genossenschaften zur Verwertung der Feldfrüchte, zur Beschaffung von Düngemitteln und Maschinen bilden. Beim Handwerk muß vor allem der engherzige Geist, der in seinen Reihen herrscht, verbannt werden, der Handwerker muß dazu erzogen werden, daß er in seinem Kollegen auch wirklich den Kollegen sieht und nicht den Konkurrenten, den er mit allen Mitteln, auch unläuterer, bekämpfen muß. Ehe dieser Standpunkt überwunden ist, wird sich das Organisationswesen im Handwerk nicht so ausbreiten, wie wir es wünschen. Deshalb muß die Regierung dafür sorgen, daß sich das Verständnis für das Organisationswesen unter den Handwerkern mehr und mehr verbreitet, und daß da und dort die Anregung zur Gründung von Genossenschaften gegeben wird. Mit der Zeit werden wir schon weiter kommen. Ich bin nicht hoffnungslos für die Zukunft des Handwerks im allgemeinen, und wenn gesagt wurde, daß die Schuster und Schneider im allgemeinen nur Flickarbeiter sind, so beweist mir das, daß der Kollege, der das sagte, eine große Anzahl von Betrieben dieser Handwerker nicht kennt, sonst würde er diesen Ausspruch nicht getan haben. Ich gehe zu, eine Anzahl hat es nicht verstanden, sich den neuen Verhältnissen anzupassen; es mag auch sein, daß die nötigen Betriebsmittel gefehlt haben, denn ein Handwerker muß heute gleichzeitig auch Kaufmann sein. Unseren deutschen Handwerkern fehlt die Beweglichkeit der Amerikaner. Während die Amerikaner sich neuen Verhältnissen schnell anpassen, ist bei uns der Charakter konservativer: wir müssen erst von außen her dazu gebracht werden, in die neuen Verhältnisse hinein zu wachsen, und da ist es dann für viele zu spät, sie sind versumpft und kommen nicht mehr heraus. Deshalb muß die Fachbildung und besonders auch die Organisation

sowie die Bildung von Genossenschaften für Kreditbeförderung mithelfen. Es ist unbedingt notwendig, daß dem tüchtigen Handwerker Betriebskapital zur Verfügung gestellt wird, wie er es für seinen kleinen Betrieb braucht. Große Banken befassen sich ja nicht gern mit den kleinen Summen, die ein Handwerker benötigt, selbst wenn er Bürgschaften stellt.

Es ist dann noch über die Ritter der Landstraße gesprochen worden. Die Handwerksburschen waren früher von der Poesie des Volkes umweht; in der letzten Zeit hat aber durch die Eisenbahn, welche jeden schnell von einem Ort zum andern bringt, diese Poesie sehr gelitten. Leider müssen jedoch noch immer eine große Anzahl von arbeitswilligen und arbeitsfähigen Arbeitern und auch Handwerksgejellen auf der Landstraße marschieren. Ich gebe zu, daß der Prozentsatz der Arbeitsscheuen im Verhältnis zu den Arbeitswilligen auf der Landstraße, die von Ort zu Ort marschieren, gegenüber früher sich gesteigert hat. Aber unter denjenigen, die auf der Landstraße von Ort zu Ort reisen, die entweder durch längere Arbeitslosigkeit von Mitteln entblößt sind oder zufolge einer derartigen Aussperrung, wie sie jetzt in der Metallindustrie geplant ist, auf die Landstraße hinausgeworfen werden, unter diesen befinden sich viele, die sehr gern arbeiten möchten und später auch wieder Arbeit finden. Auch ich bin von Ort zu Ort gewandert und habe manchmal nicht gewußt, ob ich das Nachtgeld bestreiten kann. Ich war aber arbeitslustig und habe später wieder Arbeit gefunden. Nun wird darüber geklagt, daß man manchem sagt: „Du kannst Arbeit bekommen“, er sie aber nicht annimmt. Man kann aber einem Goldschmied z. B. nicht zumuten, daß er in der Landwirtschaft arbeitet, wenn er denkt, daß er vielleicht in der nächsten Stadt Arbeit in seinem Metier findet. Das bestimmt manchen, vorübergehende Arbeit nicht anzunehmen. Ich habe auf meinen Wanderungen viele gefunden, die nicht arbeitscheu waren und doch derartige Arbeit ausge schlagen haben.

Es kommt aber andererseits auch vor, daß mancher zum Landstreicher erzogen wird zufolge des Vorgehens unserer Behörden, da derjenige, der gerne arbeiten möchte, aber mittellos wurde, wegen Bettelns eingestekt wird. Dort im Gefängnis lernt er nicht die besten Kameraden kennen. Schon mancher hat gerade in der staatlichen Besserungsanstalt den Keim zum Landstreicherleben in sich aufgenommen!

In der letzten Zeit ist auf diesem Gebiete eine kleine Besserung durch die Einrichtung der Arbeitsnachweise eingetreten und auch die Regierung möge immer mitwirken, daß diese Einrichtung mehr und mehr verbreitet wird. Auch die Vereinigungen der Handwerker sind in dieser Richtung tätig, indem sie in ihren Fachzeitungen Stellungsanzeigen aufnehmen.

Wenn gesagt wurde, daß man früher bei einem Lohn von 3 M. sich noch etwas ersparen konnte, so muß ich das bezweifeln, denn auch ich erhielt einst als junger Mann 3 M. in der Woche bei manchmal zweifelhafter Kost und Wohnung. Wenn die Handwerker auch in der Lohnfrage den heutigen Zeitverhältnissen Rechnung tragen, dann wird auch die Klage verstummen, daß man nicht genügende Arbeitskräfte bekommen kann. Denn gerade durch die niedrigen Löhne sind die besten Arbeiter veranlaßt worden, in die Fabriken zu gehen.

Wenn alle diese Faktoren zusammenwirken, dann ist der Handwerkerstand mit Ausnahme weniger Berufsarten auch unter den heutigen Verhältnissen lebensfähig und lebenskräftig. Andere Zeiten, neue Verhältnisse, verlangen auch neue Menschen, und wer nicht rückständig bleiben will, der muß vorwärts schreiten, der muß sich

alle modernen Errungenschaften zu Nutze machen. Und reicht dabei die eigene Kraft nicht aus, dann muß die Verbindung, die Organisation mit Gleichgesinnten angestrebt werden. Aber Pflicht des Staates und der Gemeinde ist es, helfend und fördernd einzugreifen. Dann werden die Klagen des Handwerks, wenn auch nicht ganz verstummen, so doch eingeschränkt werden, sie werden nicht mehr so verallgemeinert auftreten und der tüchtige und gewissenhafte Handwerksmann wird Freude und innere Befriedigung in seinem Berufe finden!

Abg. Dr. Schneider (natl.): Ich möchte in diesem vorgerückten Stadium der Debatte mir versagen, auf die allgemeine Lage des Handwerkerstandes und die allgemeinen Fragen der Förderung desselben näher einzugehen. Ich möchte nur einige unmittelbar praktische Gesichtspunkte zur Förderung der Lage des Handwerks hervorheben. Es ist von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen worden, welchen Wert eine gute allgemeine und fachliche Ausbildung sowie das Genossenschaftswesen auch für den Handwerkerstand besitzen. Mit wenigen Worten darf ich aber auch darauf hinweisen, von welchem Werte vor allen Dingen eine gute Handelspolitik für den Handwerkerstand ist, welche ihm billige Rohprodukte und einen ausnahmsfähigen inneren Markt verschafft, damit er nicht nur preiswerte Produkte herstellen, sondern sie auch zu guten Preisen wieder absetzen kann. Ohne näher auf die Steuerpolitik einzugehen, möchte ich weiter darauf hinweisen, wie hervorragend für die Förderung des Handwerker- und Gewerbestandes eine gerechte Steuerpolitik wirkt, die dem kapitalschwachen und vielfach verschuldeten Handwerker die Steuerlasten möglichst abnimmt und sie auf die stärkeren Schultern abwägt. Ich möchte den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß es gelingen möge, die jetzige Vermögenssteuerreform auch hinsichtlich der Interessen des Handwerks und Gewerbestandes zum günstigen Abschluß zu bringen, damit der Handwerkerstand nicht sagen kann: das ist kein Vermögenssteuergesetz, sondern ein Schuldengesetz.

Der Abgeordnete Lehmann hat im Laufe der heutigen Debatte von den Koalitionen der Arbeiter gesprochen. Diese Koalitionen zur Förderung der allgemeinen Lebensbedingungen erringen sich immer mehr Anerkennung. Auch die Koalitionen der Fabrikanten zur Preisregulierung finden Verständnis, obwohl die Letzteren nicht so sehr auf das Entgegenkommen des Publikums angewiesen sind, da sie meist die Kapitalkraft besitzen, ihre Bestrebungen durchzuführen. Am schlimmsten ist aber oft der Handwerker und Gewerbetreibende bei den Koalitionen daran, die er zur Erzielung besserer Preise schließt; denn diese finden vielfach im Publikum, selbst bei den Arbeitern, geringes Verständnis; man tritt derartigen Vereinigungen seitens des Publikums vielfach mit Mißtrauen entgegen, da dasselbe leicht glaubt, daß es sich hier um unberechtigte Bestrebungen der Handwerker handle. Ich möchte daher dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Bestrebungen des Handwerkerstandes im Publikum ein besseres Verständnis finden möchten.

Was die Neueinrichtung des Landesgewerbeamts betrifft, so hat sich dasselbe durchaus bewährt. Ich hätte nur gewünscht, daß man demselben noch eine größere Kompetenz verliehen hätte. Bisher hatte der Landesgewerbeamt das Recht der Verletzung und Anstellung der Gewerbelehrer; dieses Recht hat man aber nicht auf das Landesgewerbeamt übertragen, sondern dem Ministerium des Innern vorbehalten. Man hätte es wohl besser beim alten Zustand belassen. Das Ministerium ist ja doch auf die bessere Kenntnis des Landesgewerbeamts angewiesen, da dasselbe die Aufsicht über die Gewerbelehrer ausübt u. beständig im

Kontakt mit ihnen steht. Bei der jetzigen Regelung entstehen nur Verzögerungen und Weitläufigkeiten, während bei Belassung des bisherigen Zustandes die Autorität des Landesgewerbeamtes gegenüber den Gewerbelehrern gehoben worden wäre.

Die erspriessliche Wirksamkeit des Landesgewerbeamtes ist insbesondere auch in einer besseren Ausgestaltung der von dem Landesgewerbeamt herausgegebenen Gewerbezeitung insbesondere in der Richtung hervorgetreten, daß jetzt in dieser Zeitung mehr praktische Neuerungen betreffende Artikel erscheinen, die von großem Werte für den Handwerker sind. So wird auch bei den Handwerkern begrüßt, daß der Gewerbezeitung Zeichnungen beigelegt werden; es wird aber geklagt, daß diese Zeichnungen nicht ausreichend sind, und es wird vielfach, besonders von den kleinen Handwerkern auf dem Lande gewünscht, daß die Zeitung auch Detailzeichnungen enthalten möchte, nach welchen unmittelbar gearbeitet werden kann. Die Handwerker in den Städten sind vermöge ihrer besseren technischen Ausbildung, und weil dort technische Bureaus bestehen, eher in der Lage, auf Grund dieser allgemeinen Zeichnungen zu arbeiten oder die Detailzeichnungen herstellen zu lassen. Hinsichtlich der kleinen, besonders der ländlichen Handwerker möchte ich daher dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Gewerbezeitung künftig auch Detailzeichnungen enthalten möchte, besonders für Neuerungen im Blechwerk, Schreiner-, Zimmermanns-gewerbe. Ich glaube auch, daß die Mehrkosten, die dadurch erwachsen, durchaus von den sehr erheblichen Vorteilen, den diese Detailzeichnungen für unsere kleinen Handwerker auf dem Lande haben, aufgewogen werden. Die Großh. Regierung wendet ja jetzt schon jährlich etwa 7500 M. für die Zeichnungen auf, so daß der weitere Betrag nicht schwer ins Gewicht fallen kann.

Von verschiedenen Rednern ist der Landesgewerbehalle gedacht worden. Ich muß anerkennen, daß die Räume durchaus unzureichend sind. Ich habe auch den Eindruck, daß auf diesem Gebiete noch mehr geleistet werden könnte. Unsere Handwerker legen vor Allem Gewicht darauf, daß ein größerer Wechsel stattfindet und immer das Neueste zur Erscheinung kommt. Hier könnte das Landesgewerbeamt sich die Verhältnisse in Württemberg zum Vorbild nehmen und einen größeren Wechsel eintreten lassen, indem von Zeit zu Zeit allgemeine Ausstellungen der Erzeugnisse bestimmter Handwerkerkategorien abgehalten würden. So könnte man beispielsweise zwei oder drei Wochen eine Ausstellung abhalten lediglich für die Erzeugnisse unserer Möbelschreiner, sodann für unsere Installateure oder für die Uhrmacherindustrie, dann eine Ausstellung von Arbeitsmaschinen oder für unsere Heimindustrie, vor Allem der Produkte der Holzbearbeitung aus Bernau, aus Hundsbach usw. Hierdurch würde der Vorteil erwachsen, daß die Ausstellung nicht bloß ein größeres Interesse für den Handwerkerstand im Lande gewinnen würde, insbesondere für die Angehörigen der betreffenden Handwerkerkategorien, sondern auch, daß das Publikum unserer Landesgewerbehalle ein erhöhtes Interesse zupenden würde, wodurch auch der Absatz gefördert würde.

Sodann sind die Verhältnisse des Ausstellungswesens in den einzelnen Landesteilen zur Sprache gekommen. Der Abg. Wiedemann insbesondere hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß man in 11 Gauen solche Ausstellungshallen einrichten müsse. Ich glaube aber, man sollte da nicht schematisieren. Es ist allerdings Tatsache, daß das gewerbliche Ausstellungswesen in unserm Lande durchaus im argen liegt. Worauf ist das aber zurückzuführen? Der eigentliche Grund liegt wohl darin, daß das Ausstellungswesen in den Händen kapitalschwacher, rechtlich nicht organisierter Verbände liegt, und daß die Verwaltung dieser Aus-

stellungshallen nicht kaufmännisch betrieben wird, sondern vielfach im Nebenamt von einem Handwerksmeister, dem nicht genügend Zeit zur Verfügung steht, sich der Sache vollständig widmen. Die Regierung würde am besten darauf hinwirken, daß in denjenigen Bezirken, in denen ein wirkliches Bedürfnis vorhanden ist, sich die Handwerker genossenschaftlich zu Warenhausgenossenschaften oder zu Ausstellungsgenossenschaften zusammenschließen und dann diese Genossenschaft in ausgiebiger Weise unterstützen, damit in energischer kaufmännischer Weise durch Leiter im Hauptamte das Ausstellungswesen in die richtigen Wege geleitet wird.

Auch die Verhältnisse der Lehrlingswerkstätten sind zur Sprache gekommen, und ich muß hier meinem Bestremden Ausdruck geben, daß jetzt bereits an 42 Orten unseres Landes nicht weniger als 150 Lehrlingswerkstätten eingerichtet sind, während sie in La hr, dieser gewerblichen Stadt, bis jetzt noch vollständig fehlen. In einer Stadt, in der ein solches gewerbliches Leben pulsiert, wo eine der besten Gewerbeschulen des ganzen Landes besteht, die von 220 Schülern besucht wird, wo ein solch intelligenter tatkräftiger und fleißiger Handwerkerstand vorhanden ist, sollte die Großh. Regierung Gelegenheit nehmen, ebenfalls in ausgiebiger Anzahl Lehrlingswerkstätten zu schaffen.

In der letzten Sitzung hat der Herr Regierungskommissär darauf hingewiesen, daß es bezüglich der Lehrlingswerkstätten in erster Reihe darauf ankomme, daß durch Gewährung von Ausbildungsgelegenheit bei tüchtigen Meistern Lehrlinge zu tüchtigen Meistern herangebildet würden, daß aber der sog. Armen-gesichtspunkt demgegenüber in den Hintergrund zu treten habe. Es verhält sich nun die Sache in folgender Weise: Die Regierung zahlt für jeden Lehrling an die Inhaber dieser Lehrstätten, wenn ich recht unterrichtet bin, jährlich 270 M.; das machen sich nun die Städte und Kreise zu Nutzen, indem sie einfach arme Kinder, die sie zu unterhalten haben, auf Kosten der Regierung in diesen Lehrlingswerkstätten unterbringen. Das ist doch ein Mißstand. Die vermöglichen Kreise, Städte und Privatpersonen brauchen in dieser Beziehung die Unterstützung der Regierung nicht, da sie schon selbst tüchtige Meister finden, wenn sie zur Zahlung bereit sind. Vielmehr sollte bei aller Betonung des Gesichtspunktes der sachgemäßen Ausbildung der Lehrlinge die Regierung vor allen Dingen Wert darauf legen, daß arme aber intelligente Kinder in allererster Reihe in diesen Lehrlingswerkstätten untergebracht werden, daß nicht diesen armen Kindern der Platz versperrt werde. Diese armen Kinder haben es doch am aller nötigsten, in eine gute Handwerkerfamilie zu einem tüchtigen Meister zu kommen. Sie haben zu Hause das Elend, sie haben keine Beaufsichtigung. Ihre Eltern arbeiten den ganzen Tag in der Fabrik, und da tritt gerade das ein, was die Regierung durch Schaffung der Lehrlingswerkstätten besonders erreichen will: daß die Kinder nicht bloß technisch ausgebildet werden, sondern daß sie auch in einer guten Familie eine ordentliche Erziehung erhalten, damit sie später charaktervolle und tüchtige Männer werden und ihrem Handwerk zur Ehre gereichen.

Bei diesem Lehrlingswerkstättenwesen scheint mir auch sonst noch manches verbesserungsbedürftig zu sein. Ich habe gehört, daß die Regierung den Inhabern solcher Lehrlingswerkstätten Vorschüsse gibt im Betrag von etwa 1000 Mark zur Anschaffung von Maschinen und daß dann die gewährten Beiträge, wenn ich so sagen darf, abverdient werden durch sukzessive aufzunehmende Lehrlinge. Wenn ich recht unterrichtet bin, hat die Regierung da schon schlechte Erfahrungen gemacht, indem solche

Meister später in Konkurs geraten sind und das Geld dann verloren gegangen ist. Ich will aber auf diesen Punkt weniger abheben. Ich möchte vielmehr bitten, daß man bei Unterstützung solcher Lehrlingswerkstätten zwecks Anschaffung von Maschinen mit einer gewissen Vorsicht und Umsicht verfahren möge. Die Sache hat nämlich ihre Schattenseiten. Im allgemeinen ist es ja richtig, daß das Handwerk sich in geeigneten Fällen des Maschinenbetriebs befleißigen muß; gleichwohl muß die Regierung eine gewisse Vorsicht üben. In den Verträgen über die zur Anschaffung von Maschinen bestimmte Beträge befindet sich zwar die Klausel, daß diese Maschinen auch von den andern Handwerkern des betreffenden Ortes benützt werden dürfen. Die anderen Meister machen aber hiervon keinen Gebrauch, weil erfahrungsgemäß gewisse persönliche Eifersüchteleien, Rivalitäten unter ihnen bestehen. Wenn nun einer der Meister mit Unterstützung der Regierung in der Lage ist, sich Maschinen anzuschaffen, ist der andere Meister der gleichen Branche ebenfalls gezwungen, sich solche anzuschaffen, und da tritt dann der Fall ein, daß manchmal gar nicht genug Arbeitgelegenheit an dem betr. Orte ist, um die zwei Maschinen vollständig auszunützen. Dann wirkt das, was die Regierung als etwas gutes beabsichtigte, nachteilig, indem eben das Kapital, das in die Maschinen hineingesteckt ist, von den beiden Meistern nicht gehörig ausgenützt werden kann.

Was nun die Kontrolle dieser Lehrlingswerkstätten betrifft, so liegt dieselbe in den Händen eines Beamten des Landesgewerbeamtes. In erster Reihe sind ja auch die Gewerbevereine bereit, die Aufsicht über die Lehrlingswerkstätten zu führen. Einen einzigen Beamten des Landesgewerbeamtes nun mit der Kontrolle dieser 150 Werkstätten — ich nehme an, daß diese Anzahl ständig wachsen wird, da sich die Einrichtung bewährt, — zu betrauen, erscheint mir nicht angängig, da dieser Beamte zu viel auf Reisen sein müßte, wodurch große Kosten erwachsen, wobei es noch fraglich ist, ob der Beamte überall zur Aufsicht herumkommen kann. Man sollte vielmehr die sämtlichen Beamten des Landesgewerbeamtes 1 zu dieser Kontrolle berechtigen. Diese Beamten — ich denke hier nicht gerade an den Herrn Vorsitzenden — kommen sehr oft in das Land hinaus, und bei diesen Reisen könnten auch diese Inspektionen vorgenommen werden. Die Großh. Regierung sollte auch hier wirtschaftlich verfahren und dadurch dem Handwerk mit gutem Beispiel vorangehen. Man könnte bezüglich der Kontrolle noch eine andere praktische Einrichtung treffen, wenn man die Beauftragten der Handwerkskammern seitens der Regierung beauftragte, innerhalb ihrer Bezirke auch die Lehrlingswerkstätten zu inspizieren. Es wird ferner von den Handwerker- und Gewerbevereinen hin und wieder darüber geklagt, daß bei Ausübung der Kontrolle durch den Aufsichtsbeamten nicht immer die nötige Fühlung mit den Gewerbevereinen beobachtet wird. Ich kann nicht beurteilen, ob das zutrifft. Wenn aber die Gewerbevereine in erster Reihe freiwillig die Kontrolle üben, dann wäre es auch wünschenswert, daß, wenn der betr. Beamte des Landesgewerbeamtes, der zur Kontrolle hinauskommt, er mit den Vorständen dieser Vereine eine gewisse Fühlung nimmt. Dieser Wunsch wird ja seitens des Landesgewerbeamtes leicht befriedigt werden können.

Die Großh. Regierung hat in erfreulicher Weise auch sogenannte Gesellenkurse zur Meisterprüfung bei den Gewerbeschulen eingerichtet. Auch in dieser Richtung möchte ich einem Wunsche Ausdruck geben: Diese Gesellenkurse werden auch von kleinen Meistern vom Lande, die früher nicht so Gelegenheit gehabt haben, sich gehörig auszubilden, benutzt und zwar mit Erfolg. Nun befin-

den sich öfters in etwas weiterem Umkreise des Sitzes dieser Kurse Ortschaften mit einer größeren Zahl von Meistern und Gesellen, denen es wegen schlechter Verkehrsbedingungen usw. schwer fällt, an diesen Kursen teilzunehmen. Daher wird gewünscht, daß der Gewerbelehrer, der diese Kurse erteilt, berechtigt werden möge, auch auswärts solche Kurse zu halten. Es findet das ja hin und wieder schon jetzt statt. Es sind aber auch schon Fälle eingetreten, in denen das Landesgewerbeamt Gesuche um Erteilung solcher auswärtigen Kurse abgelehnt hat. Ich möchte daher das Landesgewerbeamt bitten, hier eine gewisse offene Hand zu halten und ein weitgehendes Entgegenkommen zu üben. Es ist doch sehr wünschenswert, daß diese auswärtigen Gesellen, die ohnehin oft nicht in der Lage sind, sich bei den kleinen Landmeistern eine bessere Ausbildung zu verschaffen, solche Kurse genießen.

Ich habe mich darüber gefreut, daß die Meisterkurse, die hier beim Landesgewerbeamt abgehalten werden, sich auf immer weitere Handwerkskategorien erstrecken. Ich habe aber auch in dieser Richtung einen Wunsch auszusprechen. Ich glaube, es wäre zweckmäßig, wenn diese Meisterkurse nicht bloß hier an der Zentrale, sondern auch am Sitze der vier Handwerkskammern abgehalten würden. Diese Kurse währen gewöhnlich 8 bis 14 Tage und es fällt einem auswärtigen Meister oft recht schwer, hierzu abzukommen und die Kosten zu bezahlen. Ich glaube daher, daß man auch diese Kurse auswärts abhalten könnte. Es ist doch leichter, wenn der Lehrer nach auswärts geht, als daß die zahlreichen Handwerker nach Karlsruhe kommen. Wenn man die Kurse nicht an allen 4 Handwerkskammerorten abhalten will, so würde es sich wenigstens empfehlen, etwa in Mosbach und in Villingen solche Kurse abzuhalten. Wenn die Regierung lediglich hier in Karlsruhe Kurse abhält, so kann eintreten, was tatsächlich in einzelnen Fällen bereits eingetreten ist, daß sich für die einzelnen Kurse nicht genügend Teilnehmer finden und diese unterbleiben müssen. So ist mir mitgeteilt worden, daß z. B. ein Kurs in der Buchbinderei mangels Beteiligung nicht abgehalten werden konnte.

Es ist dann weiter eine empfindliche Klage unserer Handwerker, daß das Ausverkaufsweesen immer noch im Argen liegt. Ich möchte mir die Anfrage an die Regierung erlauben, ob es nicht endlich möglich wäre, das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb entsprechend zu erweitern und darin insbesondere auch Bestimmungen gegen das Ausverkaufsweesen aufzunehmen. In der Schweiz ist man in einer Reihe von Kantonen längst zur Lösung dieser Frage gelangt: man hat dort vorgeschrieben, daß derjenige, der einen Ausverkauf veranstalten will, eine sehr bedeutende Summe zahlen muß (bis zu 1000 Frs. für die Gemeinde und den Kanton, daß innerhalb einer gewissen Frist, etwa innerhalb eines halben oder eines ganzen Jahres die Vornahme eines neuen Ausverkaufs nicht gestattet wird, daß ein genaues Verzeichnis der Gegenstände vorgelegt werde, die dem Ausverkauf unterworfen werden, daß kein Nachschub an Waren stattfinden darf. Ich möchte die Regierung dringend bitten, im Bundesrat dahin zu wirken, daß endlich die jetzige Kalamität beseitigt wird.

Ich möchte dann die Regierung um Auskunft bitten, wie sie sich zu dem folgenden Punkt stellt: Es hat der badische Landesverband unserer Handwerker- und Gewerbevereine und im Anschluß daran der gesamte Verband unserer deutschen Handwerker- und Gewerbevereine im Jahre 1905 auf dem Verbandstage in Köln unter Ablehnung des Befähigungsnachweises die Forderung erhoben, daß nicht mehr die Gesellen berechtigt sein sollen, die Lehrlinge anzuleiten, sondern daß das

Recht der Anleitung und Haltung von Lehrlingen lediglich den Inhabern des Meistertitels verliehen werde. Ich weiß, daß diese Forderung bereits im Jahre 1897 bei der Beratung des Handwerkergesetzes im Reichstage gestellt wurde, aber an dem hartnäckigen Widerstand der verbündeten Regierungen gescheitert ist. Der Vorort des Gesamtverbandes der deutschen Handwerker- und Gewerbevereine hat ja einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, welcher mit einer ausführlichen Begründung in der Badischen Gewerbezeitung Nr. 51 veröffentlicht wurde. Ich bitte um Auskunft darüber, wie sich die Großh. Regierung zu dieser Frage stellt.

Ich möchte noch eine weitere Sache zur Sprache bringen, die eigentlich in ein anderes Ressort gehört, aber doch in gewissem Sinne auch hier zur Sprache gebracht werden kann, weil sie mit der Förderung des Handwerks zusammenhängt. Es ist mir mitgeteilt worden, daß der Preis des Industrie Salzes in Baden ein derartig hoher sei, daß unsere badischen Gewerbetreibenden gezwungen seien, ihr Industrie Salz von auswärts zu beziehen. Wenn unsere Freiburger Metzger z. B. Industrie Salz brauchen, so gehen sie nicht nach Dürreheim, das so nahe liegt, sondern nach Vollpriehausen in Hannover und kaufen da immer noch billiger. Dadurch, daß unsere Gewerbetreibenden ihr Industrie Salz von auswärts beziehen, entgehen dem badischen Staate Einnahmen auch erscheint unser Staat im Ausland in einem merkwürdigen Lichte, wenn unsere Gewerbetreibenden ihr Salz von auswärts beziehen, während wir zwei Salinen im eigenen Lande haben. Wenn die Regierung nicht in der Lage ist, heute Auskunft zu geben — ich habe die Sache erst kürzlich erfahren, sonst hätte ich sie schon beim Budget der Salinen zur Sprache gebracht —, so hoffe ich doch, daß das Landesgewerbeamt Veranlassung nimmt, auch hierüber Erkundigungen einzuziehen, und wenn der Mißstand tatsächlich besteht, auf Abhilfe zu dringen.

Die Großh. Regierung hat sich den Dank unserer Handwerker und Gewerbetreibenden dadurch verdient, daß sie ihren versicherungstechnisch gebildeten Beamten dem Verbands der badischen Gewerbe- und Handwerkervereine zur Verfügung gestellt hat, um durch Umwandlung des Umlageverfahrens in das Prämienverfahren die Steuerbefreiung des badischen Verbandes der Gewerbe- und Handwerkervereine auf eine solide Grundlage zu stellen. Auch der betr. Beamte hat sich durch seine Mühewaltung ein Verdienst erworben. Auch ihm soll an dieser Stelle der Dank ausgesprochen werden.

Hg. Benedey (Dem.): Vieles von dem, was ich mir zu sagen vorgenommen hatte, ist mir natürlich durch die mehrtägige Debatte bereits vorweg genommen worden. Ich kann mich daher kurz fassen und vielfach Bezug nehmen auf das, was bereits vorgetragen worden ist.

Ich wollte auch meinerseits nicht versäumen, mich der Anerkennung, welche unserem Fabrikinspektor und seinem Berichte von verschiedenen Seiten ausgesprochen worden ist, von ganzem Herzen anzuschließen. Jeder, der den Bericht einigermaßen unbefangenen gelesen hat, muß das Empfinden bekommen, daß hier ein Mann spricht, der ein warmes Herz für unsere Arbeiter und ein feinfühlerndes Verständnis für die sozialen Fragen unserer Zeit hat, und man kann wohl sagen, daß das Mißtrauen, das man im Anfang vonseiten der Arbeiterschaft gegen ihn hegte, sich als unbegründet herausgestellt hat. Man kann wohl annehmen und zugeben, daß er in den Bahnen seines verehrten Vorgängers wandelt. Es ist das auch in diesem hohen Hause zu

meiner Befriedigung von den Vertretern der Arbeiterschaft anerkannt worden.

Es ist mir sehr erfreulich, aus diesem Bericht zu ersehen, mit welchen warmen, lobenden Worten der Herr Fabrikinspektor sich über die Haltung und den Geist der Arbeiterschaft im allgemeinen und speziell in den beruflichen Organisationen ausgesprochen hat. Es steht das in wohlthuendem Gegensatz zu gewissen scharfmacherischen Tönen, die hier und da in der Presse und sonst laut werden, die insbesondere von dem Norden und Osten unseres Vaterlandes erklingen, und die unter Mißbrauch der Autorität und des Ansehens des Reichsoberhauptes bereits zu ganz bedauerlichen gesetzgeberischen Aktionen geführt haben. Gerade die Ausführungen des Fabrikinspektors zu diesem Punkte sind das beste Material gegen derartige Scharfmachereien, und wenn vielleicht wieder solche Bestrebungen an die Öffentlichkeit treten und sich etwa zu gesetzgeberischen Aktionen verbichten sollten, so möchte ich hoffen, daß ihnen gegenüber die Großh. Regierung mit Entschiedenheit die Ansicht und den Bericht des Fabrikinspektors ins Feld führen und ihn nicht etwa desavouieren oder im Stiche lassen werde, wie es anlässlich der Zuchthausvorlage ja in der Tat geschehen ist.

Weniger erfreulich waren die Ausführungen des Fabrikinspektors über die Arbeitgebererschaft und den Geist, der hier vielfach zum Ausdruck gelangt. Es ist ja richtig, daß der Fabrikinspektor ausdrücklich die einzelnen Beweise von mangelndem sozialen Empfinden und von einseitiger Ueberhebung als Ausnahmen bezeichnet, aber die Ausnahmen, die er aufgeführt hat, sind bedenklich zahlreich und teilweise recht krasser Natur, und wir möchten wünschen, daß ihrer immer weniger und ähnliche Klagen, wie wir sie da im Bericht gehört haben, in Zukunft nicht mehr laut zu werden brauchen.

Von großem Interesse sind mir die Zahlen und Angaben über die jugendlichen Arbeiter und die Arbeiterinnen. Wenn wir ständig wachsende Ziffern finden, von 17 794 jugendlichen Arbeitern und 66 294 Arbeiterinnen, so sind das doch ganz ungeheure Zahlen, mit denen wir in unserm relativ kleinen Lande zu rechnen haben, und wenn wir bedenken, daß das gerade das heranwachsende Geschlecht und die Frauen, sozusagen die Jugend und die Mütter unseres Volkes vielfach sind, so können wir dem Herrn Fabrikinspektor nur dankbar sein, wenn er gerade für sie, auf denen mit die Zukunft unseres Vaterlandes beruht, mit Entschiedenheit eintritt und dahin wirkt, daß die zu ihrem Schutz erlassenen gesetzlichen Bestimmungen mit aller Schärfe und Strenge auch in der Praxis durchgeführt werden. Eine derartige scharfe Ueberwachung scheint durchaus nicht überflüssig, wenn man die Einzelheiten des Berichtes ins Auge faßt, aus denen eine ganz krasse Ausbeutung gerade der jugendlichen Arbeiter vielfach hervorgeht. Wenn wir da lesen, daß von einzelnen Unternehmern Kinder von 11 Jahren an angespannt und die gesetzlichen Schutzvorschriften bezüglich Arbeitsdauer mißachtet werden, so sind das höchst bedenkliche Erscheinungen, denen gegenüber Strenge durchaus am Platze ist. Auch die Angaben und Zahlen, die beispielsweise im Bericht sich über den Einfluß der Frauenarbeit auf die Geburten finden, sind recht bedenklich und reden teilweise eine erschütternde Sprache. Wenn wir da sehen, daß die Zahl der Früh- und Fehlgeburten in Industriebezirken eine ungleich höhere ist als in den übrigen Bezirken, so muß man sagen, wenn man die schönen Gedichte und Reden hört und liest über das Lob der deutschen Frauen, die züchtig im Hause walten und schalten sollen, und dann hier beinahe 70 000 Frauen in unserer Industrie in dieser Weise arbeiten sieht, so paßt das nicht wohl ganz zusammen, und es scheint, als

ob da hier und da sehr viel mit der Phrase gearbeitet wird. Allerdings kann eine gründliche Besserung nur durch Regelung seitens des Reichs, durch entsprechende Herabsetzung der Arbeitszeit, geschaffen werden, aber jedenfalls sind wir verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die bestehenden Vorschriften in strengster Weise zur Durchführung kommen.

Mit großer Freude habe ich aus dem Fabrikinspektionsbericht ersehen, daß auch jetzt wieder ein starker Aufschwung unserer gesamten Industrie darin konstatiert wurde, und das gibt uns wohl die Hoffnung, daß wir auch bei uns in Baden recht bald aus der finanziellen Klemme, in der wir uns zurzeit befinden, herauskommen werden.

Sehr angenehm hat mich ferner nach dem Bericht berührt, daß das Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit auch immer mehr Anklang bei einzelnen fortschrittlichen und sozial empfindenden Arbeitgebern findet, wie der Herr Fabrikinspektor sich ausgedrückt hat.

Weniger erfreulich sind dagegen die Angaben über die Wohnungsverhältnisse, und auf diesem Gebiete liegen noch eine Reihe von Aufgaben für die Tätigkeit des Staates. Ich möchte hier auf die verschobenen Baugenossenschaften hinweisen und sie der Unterstützung und dem Wohlwollen des Staates empfehlen, ferner auch auf die Bestrebungen, die in neuerer Zeit sich unter dem Namen der Gartenstadtbewegungen zusammengefunden haben. Man braucht da durchaus nicht daran zu denken, daß es nur Luxusquartiere für reiche Leute geben soll. In den Ländern, wo diese Bewegung zuerst eingeführt hat, in England und Amerika, ist von einzelnen human und sozial empfindenden Fabrikanten diese Einrichtung zuerst zugunsten der Arbeiter eingeführt worden. Ich habe neulich Gelegenheit gehabt, einem Vortrag beizuwohnen, der durch Vorführung von einzelnen Lichtbildern illustriert wurde, und ich muß sagen, es hat mich sehr angenehm berührt, was man da zu sehen bekommen hat. Es war hier wirklich bei diesen einzelnen derartigen Versuchen in England und Amerika ein gewisser Geschmack mit Bequemlichkeit der Ausgestaltung der einzelnen Häuser verbunden, und es waren das durchaus nicht Häuser, die lediglich für wohlhabende Leute bestimmt waren, sondern in erster Linie für Arbeiterwohnungen. Ich möchte also die Grobreg. Regierung bitten, ihr Augenmerk auch auf diese Frage zu richten und die Bestrebungen in dieser Richtung möglichst zu unterstützen.

Ebenso möchte ich der Ausdehnung der Fabrikinspektionen auf die Hausarbeit und einer strengen Ueberwachung der Hausarbeit das Wort reden. In dieser Beziehung liegt noch sehr viel im Argen. Die Tatsachen, die bei der Heimarbeitsausstellung, die kürzlich in Berlin stattgefunden hat, zu Tage getreten sind, waren teilweise geradezu erschütternd und haarsträubend. Nebenbei hat das wohl jeder von uns selbst aus eigener Praxis und Erfahrung gewußt, wie schlecht manchmal die Heimarbeiter sogar von einzelnen großen und sehr lukrativen Unternehmungen bezahlt werden, wie die Frauen ihren ganzen Haushalt vernachlässigen und Tag und Nacht schlafen müssen (um mich so auszudrücken), um vielleicht einen kärglichen Nebenverdienst von einer Mark oder wenig darüber zusammenzubringen. Also in dieser Beziehung wäre nach meiner Ansicht eine Ueberwachung, eine Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Hausarbeiten und insbesondere die Einführung eines Minimallohnes, der die Ausbeutung unmöglich macht, dringend nötig.

Ich habe dann bei anderer Gelegenheit bereits mein Mißbehagen zum Ausdruck gebracht über die zu große

Zuwanderung von ausländischen Arbeitern, speziell von Italienern, bei uns. Ich fühle mich frei von jeder nationalen Voreingenommenheit oder Chauvinismus, aber ich muß sagen, es macht doch einen eigentümlichen Eindruck, wenn wir sehen, besonders an der Grenze, wie diese Italiener zu Hunderten und Tausenden in gewissen Jahreszeiten beinahe tagtäglich über die Grenze fluten und in unser Land hereinkommen und nun da Arbeit und Verdienst finden und überdies von diesem Verdienst sehr wenig bei uns lassen, sondern ihn größtenteils nach ihrer Heimat schicken. Das ist von ihrem Standpunkt aus sehr schön, es ist hochachtbar von diesen Leuten, es zeugt von ihrem Fleiß, ihrer Mähterheit und ihrem Familienfönn, aber vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt unseres Landes aus angesehen, ist es durchaus nicht zu begrüssen. Es stimmen nun mit dieser kolossalen Zuwanderung, die man als etwas absolut notwendiges bezeichnet, die Klagen, die man auf der anderen Seite wegen Uebervölkering in unserem Lande hört, die Klagen, daß die deutsche Klasse sich so unverhältnismäßig vermehrt, so daß wir Kolonien in fremden Erdteilen gründen müssen, um den Ueberfluß an Bevölkerung dahin abzusetzen, durchaus nicht überein. Es ist nur ausgeführt worden, die Verwendung der Italiener sei nicht zu vermeiden und speziell deswegen notwendig, weil unsere Arbeiter mehr Qualitätsarbeiter seien und derartige niedrige Arbeiten überhaupt nicht mehr verrichten würden. Das stimmt nun, meine ich, mit den Verhältnissen auch nicht überein. Denn die Arbeiten, die gerade von den Italienern besorgt werden, sind durchaus keine niedrigen Arbeiten: es sind Arbeiten, die manchmal große Uebung, Fertigkeit und Gewandtheit, ja unter Umständen eine gewisse Kühnheit und Unternehmungslust erfordern (ich erinnere nur an Tunnelbauten und Sprengarbeiten); es sind Arbeiten, die vielfach, was die Vorbildung und die Intelligenz des Einzelnen anbelangt, sich der Beschäftigung einer großen Anzahl unserer Arbeiter durchaus an die Seite stellen können. Ich glaube vielmehr, daß das vielfach damit zusammenhängt, daß die fremden Arbeiter öfter weniger Lohn verlangen, oder daß, wenn sie auch denselben Lohn bekommen wie unsere Arbeiter, man ihnen mehr zumuten kann, weil das Selbstbewußtsein und das Standesbewußtsein bei ihnen nicht zu dem Grade entwickelt ist wie bei unseren einheimischen Arbeitern, so daß sie ein willigeres, leichter zu behandelndes Material in der Hand der Unternehmer sind.

Es mag ja sein, daß der vollständige Ausschluß der italienischen Arbeiter sich schwer machen lassen würde, weil unsere Arbeiter auf gewisse Arbeiten, die bisher die Italiener besorgt haben, nicht eingelernt sind. Wenn man aber dazu kommen würde, die Anzahl der italienischen Arbeiter tunlichst zu beschränken, beispielsweise durch Vorschriften bei den Submissionsbedingungen, indem da verlangt würde, daß mindestens ein gewisser Prozentsatz deutscher Arbeiter zugezogen würde, dann würden unsere Leute diese Arbeiten auch lernen, und wir würden dann einen Stamm von eigenen Arbeitern dafür heranziehen. Es macht einen schlechten Eindruck, wenn man sieht, daß bei allen Bauten von Staat, Gemeinden oder Privaten die Italiener vorne dran stehen, und manchmal auf vierzig, fünfzig Italiener nur ein Paar wenige deutsche Arbeiter kommt. Es ist begreiflich, daß das bei unserer Bevölkerung, besonders in Arbeiterkreisen, Mißstimmung hervorruft, wenn man sieht, daß diese Ausländer ihr Geld heimlich und es verstehen, sich den steuerlichen Verpflichtungen gegen Staat und Gemeinde zu entziehen und dabei unsere eigenen Leute brotlos machen. Ich möchte also bitten, dieser Frage das Augenmerk zuzuwenden, ob nicht eine Beschränkung in der Zahl der Ausländer bei staatlichen Arbeiten gegenüber dem einzelnen Submittenten

vorgeschrieben werden könnte. Ich weise darauf hin, daß andere Länder in dieser Beziehung viel besser für ihre eigenen Angehörigen sorgen. Es ist mir gerade von Arbeitern mitgeteilt worden, daß man z. B. in der Schweiz und in Oesterreich durchaus nicht dieses große Entgegenkommen gegen die Ausländer hat; daß z. B. seinerzeit bei den Arbeiten zum Rheindurchstich bei Jussach zwischen Bregenz und Rheineck deutsche Arbeiter sowohl von der Schweiz wie von Oesterreich mit der Begründung zurückgewiesen wurden, daß man bei diesen Arbeiten lediglich Landsleute einstellen wolle. Also ohne jegliche nationale Voreingenommenheit glaube ich doch, daß das eine ziemlich ernste Frage ist, der wir ein dauerndes Augenmerk zuwenden müssen.

Den vielen guten Wünschen, die dem Handwerk gespendet worden sind, kann ich mich von Herzen anschließen, auch ich bin der Meinung, daß es durchaus lebensfähig und lebenskräftig ist. Ich freue mich insbesondere der Worte unseres Kollegen Vogel, der in dieser Beziehung jedenfalls durch und durch Sachmann ist und hinsichtlich seiner Ausführungen zu diesen Fragen auf die größte Beachtung Anspruch machen kann. Auch den Ausführungen, die von verschiedenen Seiten über die Fachschulen, und die Notwendigkeit, dieselben auf einen höheren Stand zu bringen, gemacht worden sind, schließe ich mich durchaus an.

Ich möchte noch kurz, was die Heranbildung der Lehrlinge anbelangt, darauf hinweisen, daß beim Studium z. B. des Berichts der Handwerkskammer für die Kreise Konstanz, Bilingen und Waldbühl mir doch manchmal der Eindruck gekommen ist, als ob auch von Seiten der Meister in dieser Beziehung gegenüber ihren Lehrlingen oft etwas mehr gesehen könnte, als ob man hier vielfach noch in früheren Anschauungen, die eigentlich überwunden und abgetan sein sollten, befangen ist. Es sind manchmal Beispiele vorhanden, in denen eine wirklich brutale Auffassung von der Stellung des Meisters gegenüber dem Lehrling zum Ausdruck kommt; ich will hoffen, daß das nur Ausnahmen sind, und daß auch die große Mehrzahl unserer Handwerksmeister sich ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Lehrling, bezüglich seiner Ausbildung, vollständig bewußt ist.

Es ist speziell von meinem Freunde Vogel des Wunsches der Handwerkskammern nach Errichtung weiterer Bauwerkerschulen gedacht worden. Sie werden es sehr begreiflich finden, wenn ich hier für Errichtung einer solchen in Konstanz plaidiere. Ich will selbstverständlich damit den Herren von Mannheim in keiner Weise zu nahe treten. Daß Mannheim die erste Handelsstadt des Landes, vielleicht die erste von ganz Süddeutschland ist, darüber ist ja gar kein Wort zu verlieren; aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß von anderen Gesichtspunkten aus gerade die Errichtung einer solchen Schule in Konstanz sich umso mehr empfiehlt. Es ist natürlich für die Angehörigen jener Bezirke, die an der Peripherie des Landes liegen (weil sie eine große Reise zu machen haben und während der ganzen Dauer derartiger Kurse sich hier in Karlsruhe aufhalten müssen), also für die Angehörigen jener weit entlegenen Landesteile viel schwerer, derartige Kurse mitzumachen. Ein Mannheimer kann unter Umständen täglich nach Karlsruhe herüberfahren und dabei bei seinen Eltern in Mannheim wohnen; bei der weiten Entfernung und den mangelhaften Verbindungen der Schwarzwaldgebenden oder des Seekreises ist das aber vollständig ausgeschlossen. Ich glaube also, auch abgesehen von anderen Gesichtspunkten — z. B. daß es sich um einen großen Bezirk handelt, wo das Bauhandwerk eine derartige Unterstützung verdient und braucht — wäre schon

aus dem angeführten Grunde die Errichtung einer solchen Schule in Konstanz sehr zu empfehlen.

Ich habe bei anderer Gelegenheit schon auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die einheimischen, ansässigen Gewerbetreibenden und Handwerker tunlichst durch Bezug des Bedarfs an Ort und Stelle unterstützt werden sollten. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit wieder den Wunsch vorbringen, daß das von allen staatlichen Stellen, so weit wie irgend möglich, beobachtet werde, daß diese ihren Bedarf, wenn irgendwie angängig, an Ort und Stelle decken. Es werden mir immer wieder Klagen darüber mitgeteilt, und wenn ich einmal bei irgend einem Anlaß etwas darüber vorbringe, erhalte ich sofort eine Anzahl von zustimmenden Zuschriften, die auf diesbezügliche Mißstände bei irgend einem anderen Ressort des Staatsbetriebes hinweisen.

Es wird mir z. B. mitgeteilt, daß unsere Steinmetzmeister in der Bodenseegegend es sehr beklagen, daß bei Staats- und Gemeindebauten das zubereitete Material stets aus württembergischen Steinbrüchen bezogen werde; und es wird mir versichert, daß man bei uns dort oben gerade so gut in der Lage wäre, dem Staat oder der Gemeinde zu liefern. Wo nicht der Preisunterschied ein ganz exorbitanter ist, so daß es geradezu gegenüber dem Staatsgeldbeutel eine Gewissenlosigkeit wäre, wenn man nicht die billigere Quelle aufsuchte, da sollte man das einheimische Handwerk an Ort und Stelle unterstützen.

Ich möchte mir zum Schluß noch eine Anfrage an die Großh. Regierung erlauben. Sie bezieht sich auf die Statistik über unser Gewerbeschulwesen.

Wir haben erst kürzlich eine sehr schöne, ausführliche und gediegene Arbeit über unser Volksschulwesen erhalten; nun wird mir mitgeteilt und wir haben es früher schon gehört, daß eine Statistik über das Gewerbeschulwesen seit mehreren Jahren in Arbeit sei. Ich möchte bei der Großh. Regierung anfragen über den Stand der Arbeit und den Zeitpunkt, in der diese jedenfalls sehr interessante Arbeit an die Öffentlichkeit gebracht wird.

Geh. Regierungsrat Dr. Cron: Es ist heute von verschiedenen Seiten über die Tätigkeit des Landesgewerbeamtes gesprochen und es sind eine Anzahl von Vorschlägen gemacht worden, in welcher Weise etwa die Tätigkeit desselben nach verschiedenen Richtungen hin ausgestaltet werden könnte. Es sind insbesondere seitens des Herrn Abg. Schneider vorhin eine Reihe von Anfragen und Wünschen vorgebracht worden und ich möchte mir erlauben, zunächst auf das, was der genannte Herr Abgeordnete vorgebracht hat, hier des Näheren einzugehen.

Der Herr Abg. Schneider hat zunächst anerkannt, daß die Badische Gewerbezeitung in der letzten Zeit eine Ausgestaltung erfahren habe, welche vielleicht für den Handwerker manches Zweckmäßige biete. Er hat hinzugefügt, daß speziell auch die Zeichnungen, die der Gewerbezeitung beigegeben sind, sich bei den Handwerkern der Beliebtheit erfreuen, daß aber gerade bezüglich dieser Beilage doch noch einiges verbessert werden könne. Es hat uns daselbe Gefühl befeelt, als wir vor einigen Monaten an verschiedene Gewerbevereine und -Schulen des Landes geschrieben und um Auskunft und Vorschläge gebeten haben, in welcher Weise etwa auf diesem Gebiet eine Verbesserung eingeführt werden könnte. Es liegen diese Vorschläge jetzt auch vor, und sie bewegen sich zum großen Teil gerade nach der Richtung hin, die auch der Herr Abg. Schneider als beachtenswert bezeichnet hat, daß nämlich diese Pläne in einer Weise ausgestaltet werden,

die es auch dem einfacheren Handwerker ermöglicht, davon Gebrauch zu machen, daß sie insbesondere auch die Details und Abmessungen enthalten sollen, etwa auch Angaben über Wahl und Farbe des Holzes, kurz, daß man den Leuten draußen mehr praktische Winke für die Ausführung durch diese Zeichnungen geben soll. Es ist außerdem beabsichtigt, eine Abwechslung durch Berücksichtigung der verschiedenen Handwerksarten eintreten zu lassen. Bisher ist das Holzbearbeitungsgewerbe im Vordergrund gestanden, und es sind nun eine Anzahl anderer Gewerbe genannt worden, die ebenfalls Vorteile aus derartigen Zeichnungen ziehen könnten. Wir haben ferner die Absicht, in nächster Zeit ein Konkurrenz-Ausschreiben zu erlassen und Preise auszusetzen für gewisse Arbeiten, die in dieses Gebiet gehören und an denen sich auch Handwerker auf dem Lande beteiligen können, z. B. für eine einfache Schlafzimmereinrichtung u. dgl. Es ist das auch in anderen Staaten schon gemacht worden und hat eine ziemlich regen Wettbewerb hervorgerufen; es könnte also nur nützlich sein, wenn das auch bei uns einmal versucht würde.

Dann hat der Herr Abg. Schneider von der Landesgewerbebehörde gesprochen und hervorgehoben, es sei wünschenswert, daß ein größerer Wechsel in der Ausstellung stattfinde und daß bestimmte Handwerke vielleicht von Zeit zu Zeit zu Kollektivausstellungen herangezogen werden könnten. Das ist ein Wunsch, der sich mit dem unstrittigen völlig deckt; nur ist, wie Ihnen wohl bekannt ist, mit den Räumlichkeiten der jetzigen Landesgewerbehalle nicht viel anzufangen; es sind Teile da, die so dunkel sind, daß man nichts rechtes darin ausstellen kann. Es ist aber, wie ich den Herren mitteilen kann, eine Aenderung wenigstens in dem Rahmen, den das jetzige Gebäude zuläßt, projektiert. Ich habe auf den 29. d. M. eine Anzahl von Herren zu einer Kommissionsberatung eingeladen; wir wollen da sehen, wie man die Ausstellung vielleicht auf einen etwas moderneren Standpunkt bringen könnte. Der Fehler scheint mir darin zu liegen, daß zu viel in der Halle ist und zwar vielfach Sachen, die veraltet sind oder nur geringes Interesse für die Handwerker darbieten. Wir wollen nun etwas aufräumen, die Sachen etwas lichter und gefälliger aufstellen und wollen dann sehen, ob wir einen Platz übrig behalten, wo vorübergehende Ausstellungen, die Handwerk und Publikum besonders interessieren, untergebracht werden können. Die Frage, welche Gestalt der Ausstellung endgültig gegeben werden soll, wird einer späteren Zukunft, wenn einmal ein geeignetes Ausstellungslokal zur Verfügung steht, vorbehalten werden müssen. Man wird dann zu prüfen haben, ob der Ausstellung nicht, wie das an anderen Orten geschehen ist, noch mehr, als es bisher der Fall war, ein instruktiver Charakter gegeben werden kann, indem man im wesentlichen die Ausstellung speziell nach den Bedürfnissen des Handwerkerstandes einrichtet, manche Artikel, die jetzt noch genommen werden, in Zukunft wegläßt, dafür aber neben den wichtigsten Handwerks- und Industrieartikeln unseres Landes hauptsächlich Kraft- und Arbeitsmaschinen und Werkzeuge aufstellt, bei diesen einen möglichst raschen Turnus einhält, immer wieder Neues beiholt, weniger selbst anschafft, sondern die Sachen bloß von auswärts leiht, und nach kurzer Zeit wieder hinausgibt. Die meisten Fabrikanten und Werkzeughändler werden damit ganz zufrieden sein; es bietet ihnen ja auch Vorteile, wenn ihre Sachen aufgestellt werden. Man könnte dabei — das ist allerdings etwas Zukunftsmusik — Musterwerkstätten, ausgestattet nach den neuesten Anforderungen, im Betriebe vorführen, man könnte die Leute in den Meisterkursen heranziehen, an den ausgestellten Maschinen zu arbeiten, kurz und gut, es ist auf diesem Gebiet noch viel zu tun. Aber vorläufig müssen wir uns

darauf beschränken, bloß die Notwendigste zu machen. Wir haben aber doch die Absicht, womöglich jetzt schon einen größeren Wechsel einzuführen, insbesondere auch einige Musterwerkstätten in ihrer ganzen modernen Ausstattung dort unterzubringen.

Es ist dann wieder ein Gebiet gestreift worden, über das ich schon am letzten Samstag gesprochen habe, die Lehrlingswerkstätten, und es ist dabei der Bewunderung Ausdruck gegeben worden, daß die Lehrlingswerkstätten nicht gleichmäßig über das Land verteilt seien, sondern daß einzelne Gegenden da sind, in welchen überhaupt keine Lehrlingswerkstätten bestehen. Das ist richtig. Es kommt das zum Teil daher, daß es vielleicht gar nicht so sehr erwünscht ist, Lehrlingswerkstätten in große Orte zu verlegen, da gewisse erzieherische Momente dafür sprechen, die Lehrlingswerkstätten an solchen Orten unterzubringen, wo der Meister eher in der Lage ist, die Lehrlinge auch wirklich im Auge zu behalten. Allerdings hat die Auswahl der Orte nach diesem Gesichtspunkt eine Grenze nach unten dahin, daß Lehrlingswerkstätten nur an solchen Orten errichtet werden können, wo Gewerbeschulen für den Unterricht vorhanden sind, damit der Vorteil dieses Unterrichts den Lehrlingen nicht vorenthalten bleibt. Zum Teil kommt die vorhandene Ungleichheit in der Verteilung der Lehrlingswerkstätten auch daher, daß viele Meister sich nicht um diese Einrichtung bekümmern, vielleicht auch überhaupt nichts davon wissen und sich deshalb nicht darum bewerben. Wir gehen nicht hinaus und fordern die Leute dazu auf, sondern wir lassen sie an uns herankommen. Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß man auch einmal ermunternd auf die Leute einwirkt, aber im allgemeinen besteht ja kein Mangel an Lehrlingswerkstätten. Ob in Lahr keine besteht, weiß ich im Augenblick nicht. (Abg. Dr. Schneider: Nein, es besteht keine dort!) Es wird noch an manchen Orten keine bestehen, in Mannheim z. B. auch nicht. Allerdings glaube ich, daß Lahr, das eine schöne und bedeutende Stadt ist, und — nebenbei gesagt — meinem Herzen besonders nahe liegt, für diesen Zweck ganz geeignet ist, und wenn ein tüchtiger Meister aus Lahr sich um eine Lehrlingswerkstätte bewerben wollte, so würden keine Bedenken bestehen, eine solche dort einzurichten. Vielleicht hat der Herr Abg. Schneider Beziehungen zu tüchtigen Handwerksmeistern dort, und wir wollen, wenn ein Antrag kommt, die Sache gerne und wohlwollend prüfen.

Daß die Lehrlingswerkstätten nicht in erster Reihe da sind, das Armenwesen speziell zu entlasten, ist schon betont worden. Das hat auch der Herr Abg. Schneider richtig hervorgehoben. Er hat aber gesagt, es würden jetzt vielfach arme Knaben von den Kreisen oder den Städten in den Lehrlingswerkstätten untergebracht, und es würden dadurch Kreise und Städte hinsichtlich ihrer Armenlast sehr erleichtert. Ich habe diese Wahrnehmung auch schon gemacht und habe mit einem recht wohlhabenden Kreise korrespondiert; man hat mir aber erwidert, daß man Gelegenheit gehabt hätte, die Knaben irgendwo anders auch ohne Lehrgeld unterzubringen, daß man der Lehrlingswerkstätte nur wegen der dort in Aussicht stehenden besseren Ausbildung den Vorzug gegeben habe und daß man unter diesen Umständen die Bezahlung von Lehrgeld ablehne. Man muß auch berücksichtigen, daß die jungen Leute nicht, wie bisweilen noch die irrtümliche Meinung besteht, von und in den Lehrlingswerkstätten untergebracht werden, sondern daß die Lehrmeister der Lehrlingswerkstätten sich ihrerseits danach umzutun haben, Lehrlinge zu bekommen und daß sie, besonders wenn Mangel an Lehrlingen obwaltet, sich ihrerseits an die Städte und Kreise wenden; letztere sind dann natürlich

gern bereit, ihnen Lehrlinge, für die sie andernfalls eventuell Lehrgeld bezahlen müßten, zu geben. Die Einstellung der Lehrlinge war also bisher unserer Einwirkung vollständig entzogen; wir haben bisher immer nur die Verträge nachträglich bekommen. Es ist neuerdings schon etwas strenger darauf gehalten worden, daß das Material mehr gesichtet wird, und es wird vielleicht in Zukunft die finanzielle Frage in der Weise in Betracht gezogen werden, daß dann, wenn ein Lehrling wohlhabender Eltern in einer Lehrlingswerkstätte untergebracht wird, der Staatsbeitrag etwas kleiner ausfällt und daß verlangt wird, daß die Eltern oder Fürsorger auch ihrerseits etwas zum Lehrgeld beitragen.

Nun hat der Herr Abg. Schneider auch davon gesprochen, wie wenig es am Platze sei, daß man den Lehrlingswerkstätteninhabern zur Anschaffung von Maschinen Vorschüsse gebe. Diese Einrichtung hat allerdings einige Jahre bestanden, und ich wundere mich eigentlich darüber, wie wenig von ihr Gebrauch gemacht worden ist. Man hätte annehmen können, es wären die Zuschüsse des Staates, die nicht bloß auf 1000 M. beschränkt waren, sondern zuweilen auch höher gingen, manchem Handwerksmeister verlockend erschienen, sich derartige maschinelle Einrichtungen von dem Gesichtspunkt aus anzuschaffen, sie seien für die Ausbildung der Lehrlinge bestimmt, während der Meister selbst am meisten Vorteile für seinen Betrieb hätte daraus ziehen können. Es sind aber, wohl aus Unkenntnis der Einrichtung, nicht viele darum eingekommen, und zum Teil sind die Vorschüsse schon vollständig abgetragen, zum Teil in der Abtragung begriffen, die, wie der Herr Abg. Schneider richtig bemerkt hat, durch Abschreibung vor sich geht. Nachdem wir nun aber dem Genossenschaftswesen näher getreten sind, sind wir uns darüber klar geworden, daß das ganze Prinzip der genossenschaftlichen Bewegung durchkreuzt werden würde, wenn man einem einzelnen Unternehmer aus Staatsmitteln derlei Maschinen anschaffen würde. Das würde zweifellos dazu führen, daß diejenigen Leute, die ihrerseits vom Staat Maschinen bekommen haben, jeder genossenschaftlichen Bildung, soweit sie ihrerseits (in Wertgenossenschaften) genossenschaftliche Maschinenbenützung erstrebt, kühl bis ans Herz hinan gegenüber stehen würden. Aus dem Grunde ist vonseiten der Großh. Regierung beschloffen worden, daß derartige Unterstüzungen künftighin nicht mehr gegeben werden; bei Umarbeitung der Verhältnisse der Lehrlingswerkstätten soll die Einrichtung überhaupt vollständig von der Bildfläche verschwinden.

Die Kontrolle der Lehrlingswerkstätten ist allerdings ein Punkt, der verbesserungsbedürftig ist. Mit der Kontrolle ist gegenwärtig ein Beamter des Landesgewerbeamts betraut, und wenn dieser Herr auch mit großer Lust und Liebe der Sache nachgeht, so ist doch die Zahl der Lehrlingswerkstätten bei ihrer Verteilung über das ganze Land viel zu groß, als daß eine so intensive Beobachtung stattfinden könnte, wie es wünschenswert wäre. Deshalb ist auch in Aussicht genommen, daß man künftighin Hilstruppen heranzieht, die aus den Beauftragten der Handwerkskammern gewählt werden sollen. Diesen Beamten bietet sich bei ihrer Aufsichtstätigkeit Gelegenheit, bei dieser wichtigen Aufgabe, die allerdings Last und Vorsicht voraussetzt, mitzuwirken.

Wenn mit der Ausgestaltung des Landesgewerbeamts mit der Zeit demselben Personen zur Seite stehen, die sich hieran beteiligen können, so wird das natürlich nur wünschenswert sein. Leider ist es nicht so, wie der Herr Abg. Schneider annimmt, daß die Gewerbe- und Handwerkervereine allgemein die Lehrlingswerkstätten in

eine liebevolle Fürsorge nehmen und ihnen in allen Fällen zur Seite stünden. So sehr ich die Tätigkeit vieler Gewerbe- und Handwerkervereine, für die Belebung des gesunden Geistes unter dem Handwerkerstand und für Bildung und Bewegung ihrer Mitglieder durch Veranstaltung von Vorträgen und dergleichen zu sorgen, anerkenne, so muß ich doch gestehen, daß gerade auf dem Gebiete der Fürsorge für Lehrlingswerkstätten die Tätigkeit der Gewerbe- und Handwerkervereine, mit Ausnahme von wenigen, recht viel zu wünschen übrig läßt. Es kommt ein Punkt in Betracht, der Ihnen wohl auch bekannt ist: die Leute sind untereinander leider etwas zu ängstlich, sie wollen einander nicht wehe tun, es ist infolge dessen außerordentlich schwer zu erreichen, daß uns klarer Wein eingeschenkt wird, weil der Vereinsvorstand fürchtet, er werde, wenn der Inhaber der Lehrlingswerkstätte erfährt, es sei etwas ungünstiges über ihn berichtet worden, ihn zum Feinde haben, und dann sei der Frieden im Handwerk, der ohnehin oft auf schlechten Füßen steht, gestört. Infolgedessen lassen sie gerne fünf gerade sein oder sie beteiligen sich überhaupt nicht an dieser Ueberwachung.

Es ist weiter über Meisterskurse geredet und dem Wünsche Ausdruck gegeben worden, daß sie nicht bloß hier, sondern auch auswärts, insbesondere an den Sitzen der Handwerkskammern, veranstaltet werden möchten. Das hat mancherlei für sich, und ich bin auch überzeugt, daß, wenn die Verhältnisse darnach liegen, eine prinzipielle Aneignung der Regierung, auf einen derartigen Wunsch einzugehen, nicht vorliegt. Es liegen aber auch schwerwiegende Bedenken vor, die es nötig machen, daß man mit Vorsicht daran geht. Hier in Karlsruhe stehen die Lehrmeister für derartige Kurse zur Verfügung, die Lehrmittel sind hier vollständig vorhanden und hier ist vor allem durch den mit der Leitung der Kurse betrauten Beamten, der sein Arbeitszimmer neben den Lehrräumen hat und der darin ab und zu geht, für die erforderliche Ueberwachung gesorgt. Wir haben einen eingearbeiteten Stamm von tüchtigen Handwerksmeistern, die den praktischen Unterricht erteilen. Solche sind, wie die Herren sich denken können, nicht leicht zu beschaffen. Hier stehen sie uns zur Verfügung, ob sie aber auch nach auswärts gehen, das ist eine andere Frage. Wir haben schon früher einmal auswärts einen Kursus abgehalten, und es wurde damals seitens des mit der Leitung betrauten Handwerksmeisters darüber geklagt, daß, als er hingekommen, eigentlich nichts recht vorbereitet gewesen sei. Es seien wohl einige Vorbereitungen getroffen gewesen, und es seien auch einige Herren, die sich für die Sache interessierten, hingekommen, aber der Meister erklärte, er habe sich doch nicht so sicher gefühlt, wie es hier unter der Regide der Beamten der Landesgewerbebehörde der Fall ist; er werde einen auswärtigen Kurs nicht mehr übernehmen. Die Sache ist eben nicht so einfach: Die Elemente, die sich an derartigen Kursen beteiligen, sind nicht immer geneigt, sich viel sagen zu lassen; es ist deshalb notwendig, daß der aufsichtsführende Meister mit einer gewissen Autorität umkleidet wird. Wenn aber die Verhältnisse an anderen Orten so eingerichtet werden können, daß man auch dort solche Kurse abhalten kann, so bin ich, wie gesagt, überzeugt, daß dem prinzipiell an sich nichts im Wege steht. Man muß aber berücksichtigen, daß die Leute, die sich an dem Kurs beteiligen, wenn etwas dabei herauskommen soll, dabei nicht ab- und zugehen können.

Wir haben bei unseren Kursen die Wahrnehmung gemacht, daß gerade die Leute, die am Ort selbst wohnen, oft am allerwenigsten eifrig sind; sie kommen unregelmäßig, lassen sich durch häusliche oder gewerbliche Geschäfte abhalten und kommen manchmal überhaupt

nicht. Anders ist es bei denjenigen, die sich ganz von ihrer Häuslichkeit losmachen müssen, wie dies bei den auswärtigen Teilnehmern der Fall ist. Sie bleiben doch da, und machen die ganze Zeit tüchtig mit. Außerdem bekommen die Leute ja auf Wunsch das Reisegeld erlegt. Sie bekommen dazu, wenn sie den Nachweis ihrer Minderbemitteltheit erbringen, aus der Staatskasse Zuschüsse. An sich ist es also für die Leute eigentlich kein so sehr großer Unterschied, wo der Kurs abgehalten wird, bloß für diejenigen, das gebe ich zu, die speziell aus dem Orte sind, wo der Kurs abgehalten wird, würde die Abhaltung auswärtiger Kurse eine Erleichterung bedeuten. Aber wenn wir auch in Konstanz oder in Freiburg einen solchen Kurs abhalten würden, so müßten wir doch darauf rechnen, daß das Hauptgros der Leute aus der näheren oder weiteren Umgegend käme, und die würden auch an den auswärtigen Orten mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wie hier auch.

Was das **Ausverkaufswesen** betrifft, so sind ja auf diesem Gebiet zweifellos große Mißstände vorhanden. Es ist aber die Umarbeitung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb, wie den Herren ja wohl bekannt sein wird, im Laufe, und es steht zu hoffen, daß gerade dabei auch Änderungen in dem Sinne, wie sie hier vorgebracht worden sind, berücksichtigt werden.

Das gleiche gilt bezüglich des **Wunsches**, es möchte bloß den mit dem **Meistertitel** ausgestatteten Meistern das Recht verliehen werden, **Lehrlinge** auszubilden. Es ist Aussicht vorhanden, wie die Herren wahrscheinlich auch aus der Zeitung wissen, daß seitens des Herrn Staatssekretärs von **Bojadowsky** eine freundliche Haltung in der Sache eingenommen wird. Auch die Verbündeten Regierungen nehmen, soweit mir bekannt, eine befürwortende Stellung dieser Frage gegenüber ein.

Was die **Verbilligung des Salzes** für Industriezwecke anlangt, so kann ich darauf heute nicht erwidern. Es ist mir davon nichts bekannt. Wir werden aber hierüber mit dem Finanzministerium ins Benehmen treten.

Ich möchte dann noch mit einigen wenigen Worten auf diejenigen Punkte kommen, welche die **Abteilung II** des **Landesgewerbeamts** berühren und die bezüglich des **gewerblichen Fortbildungsschulwesens** hier vorgebracht worden sind.

Es kommt da zunächst ein Wunsch in Betracht, den der Herr Abg. **Schneider** zum Ausdruck gebracht hat, es möchten nämlich die **Meisterbildungskurse** nicht bloß an Gewerbeschulen, sondern durch die **Gewerbelehrer** auch in umliegenden Orten abgehalten werden. Es wurde das früher in ziemlichem Umfange so gehalten, wie der Herr Abg. **Schneider** es wünscht. Man ist aber dann zunächst durch die Erwägung, daß unsere Gewerbelehrer so außerordentlich mit **Geschäften** überhäuft sind, daß sie bloß durch **Aufwendung** sehr vieler Ueberstunden ihren **vorschriftsmäßigen Unterricht** an den Gewerbeschulen abhalten können, dazu gelangt, derlei **Vorbereitungskurse** in der Hauptsache an die Gewerbeschulen zu verlegen. Es kommt dazu noch der Umstand, daß eben an den Gewerbeschulen auch ein **Lehrmittel** von sehr viel besserer Beschaffenheit zur Verfügung steht. Allerdings ist das lediglich das **Prinzip**, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß in einzelnen Fällen, wo die Abhaltung eines derartigen **Kurses** außerhalb des Sitzes einer Gewerbeschule besonders **wünschenswert** oder **dringlich** erscheint, und ein **Lehrer** dafür zu **Gebote** steht, einem **bezüglichen Wunsche** Rechnung getragen wird.

Es sind damit nicht zu verwechseln die sog. **Buchführungskurse**, d. h. also Kurse, welche abgehalten werden, um **Handwerksleuten**, aber auch **Frauen** und **Töch-**

tern von solchen, die im **Gewerbe** mithelfen sollen, die nötigen **Kenntnisse** in der **Buchführung** beizubringen. Derlei Kurse werden, wie Ihnen bekannt sein wird, vielfach außerhalb des Sitzes der Gewerbeschule abgehalten, und das wird auch in Zukunft so geschehen. Es wird dazu in der Regel ein **Beitrag** des Staates sowohl, als der **Handwerkskammern** von je einem Drittel gewährt.

Ferner hat der Herr Abg. **Belzer** vorgetragen, daß oft in die **gewerbliche Fortbildungsschule** bloß **gewerbliche Lehrlinge** aufgenommen würden. **Landwirte** würden zu diesen Kursen nicht zugelassen. Das ist, glaube ich, in dieser **Allgemeinheit** nicht richtig. Es wird im allgemeinen, wo **Platz** ist, und wo die **Lehrkräfte** zur Verfügung stehen, die **Fortbildungsschule** in dieser Hinsicht eine **ablehnende Haltung** nicht einnehmen. Soweit mir bekannt ist, handelt es sich da um einen **Vorfall** in der **gewerblichen Fortbildungsschule** in **Malsch**. Es ist dort allerdings ein **Schmied**, soviel ich weiß, zurückgewiesen worden, weil damals ein **Platz** in der **gewerblichen Fortbildungsschule** nicht mehr vorhanden gewesen ist. Es hat sich dann aber dabei herausgestellt, daß eine ganze Anzahl anderer junger Leute, **Mechaniker**, in dieser **Schule** waren, die in der **Gewerbeschule** in **Rastatt**, **Ettlingen** oder **Karlsruhe** **schulpflichtig** gewesen wären. Die **Gemeinde Malsch** hat ganz richtigerweise verlangt, daß die Leute die **Gewerbeschule** dort besuchen, wo der **gewerbliche Fortbildungsschulzwang** für sie besteht. Das kann auch den Leuten jedenfalls bloß zum **Nutzen** gereichen. Denn in der **Gewerbeschule** wird natürlich die **Ausbildung** doch immer eine **bessere** und **umfassendere** sein können, als in der **gewerblichen Fortbildungsschule**. Um **landwirtschaftliche Schüler** hat es sich also dabei gar nicht gehandelt.

Seitens des Herrn Abg. **Vogel** ist befragt worden, es möchte der **Lehrplan** in den einzelnen **Handelschulen** möglichst **gleichmäßig** ausgestaltet werden. Das ist ein Wunsch, der an einzelnen Orten entschiedenem **Widerspruch** begegnet ist. Es ist ja zweifellos richtig; es wird in den **Handelschulen** ein gewisser **Fonds**, eine gewisse **Summe** von **Kenntnissen** überall **gleichmäßig** gegeben werden müssen. Aber man wird andererseits es doch auch **begrüßen** müssen, wenn nach den **Bedürfnissen** des einzelnen **Platzes** nach der oder jener **Richtung** hin auch eine **Ausgestaltung** kommt. Ich glaube, man sollte gerade im **Handwerks-** und im **gewerblichen Schulwesen** absolut nicht **schablonisieren**, sondern die **Bedürfnisse** an jedem einzelnen **Platz** nach den **speziellen örtlichen Verhältnissen** ganz besonders **berücksichtigen** und den **Unterricht** darnach **einrichten**, wie er den **Leuten**, für die er **bestimmt** ist, am meisten zum **Nutzen** gereicht.

Es ist zum **Schluß** noch seitens des Herrn Abg. **Venedey** bezüglich der **Statistik** der **Gewerbeschulen** der Wunsch ausgesprochen worden, es möchte das **Material** bald **veröffentlicht** werden. Ich kann dem Herrn Abg. **Venedey** mitteilen, daß die darüber **veranstalteten Erhebungen** abgeschlossen sind, so daß der **Ausarbeitung**, sobald wir die nötige **Zeit** und die nötigen **Kräfte** dafür haben, nichts im **Wege** steht. Ich hoffe, daß diese **Statistik** wohl in **Bälde** wird **erscheinen** können.

Wir haben die **Absicht**, — das will ich noch beifügen —, nicht bloß die **Handelschulen**, sondern auch die **Gewerbeschulen** womöglich mit **Spezialunterricht** nach den **örtlichen Bedürfnissen** auszugestalten. So ist gegenwärtig die **besondere Pflege** des **Webeunterrichts** an der **Gewerbeschule** in **Säckingen** ins **Auge** gefaßt, wie sie in **Wehr** bereits **ingerichtet** ist. Es kommen vielleicht da und dort noch in der **nächsten Zeit** derartige **örtliche**

Wünsche zur Erfüllung, und wir werden uns bemühen, den in dieser Hinsicht bestehenden Bedürfnissen möglichst Rechnung zu tragen. Ich glaube, daß gerade derartige Unterricht geeignet ist, dem Bedürfnis nach weiteren Baugewerkschulen bis zu einem gewissen Maße Abhilfe zu verschaffen. Denn zweifellos besuchen sehr viele Leute die Baugewerkschule bloß aus dem Grunde, weil es ihnen eben an Gelegenheit fehlt, zu Hause oder in der Nähe der Heimat einen Unterricht zu besuchen, der ihnen vielleicht die erwünschte Ausbildung nicht ganz in dem Umfange, wie die Baugewerkschule, verschafft, aber doch das bieten würde, dessen sie eigentlich bedürfen. Ich glaube also, daß, wenn man die Gewerbeschulen nach Maßgabe der örtlichen Bedürfnisse etwas mehr ausgestaltet, dadurch den Bedürfnissen der Leute im wesentlichen abgeholfen werden könnte.

Es wird hierauf auf Vorschlag des **Präsidenten** abgebrochen.

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten das Wort

**Abg. Gierich (konf.):** Herr Lehmann ist heute auf eine Bemerkung zurückgekommen, die ich in der letzten Sitzung gemacht habe über das Simulantentum bei Renteneempfängern. Er hat gemeint, ich hätte den Fall mitgeteilt, ohne ihn zu prüfen. Nachdem mir der Fall mitgeteilt war, habe ich mich erkundigt und habe tatsächlich die Mitteilung bestätigt gefunden. Ich habe diese Sache nur erzählt, weil die Herren Sozialdemokraten gar zu leicht geneigt sind, jeweils, wenn sie an einem Arbeitgeber etwas auszusetzen finden, dies zu verallgemeinern, während es auf der andern Seite auch manches zu tabeln gibt. Daß ich damit die Arbeiterschaft unerhört beleidigen wollte, ist mir nicht in den Sinn gekommen. Die Absicht meiner Bemerkung war nur die, daß man, wenn man auf Seite der Arbeitgeber etwas findet, nicht immer sagen soll, so sind eben die Arbeitgeber. Und dann wollte ich nur noch betonen, man solle doch auch die Wohltätigkeit und die Wohlfahrtsseinrichtungen der Arbeitgeber etwas mehr anerkennen.

**Präsident Dr. Wilkens** macht den Redner darauf aufmerksam, daß er das Wort lediglich zu einer persönlichen Bemerkung erhalten habe.

**Abg. Gierich (fortfahrend):** Ich wollte nur noch sagen, daß ich das Wort Bagabunden und Stromer, das mir der Herr Abg. Lehmann untergeschoben hat, gar nicht in den Mund genommen habe. Ich habe überhaupt über diesen Punkt nicht geredet, sondern habe nur von vagierenden Kaufleuten gesprochen und zwar in ganz anderem Zusammenhang.

**Abg. Pfeiffle (Soz.):** Der Herr Abg. Neuhaus hat mir unterstellt, als hätte ich seinen schriftlichen Bericht nicht als objektiv bezeichnet, und hat noch hinzugefügt, daß er mir das zugut halte, denn ich sei noch nicht lange Mitglied dieses Hauses und werde wohl nicht wissen, daß schriftliche Berichte der Kommission vorgelegt werden müssen und daher nur das Ergebnis der Verhandlungen der Kommission seien. Demgegenüber möchte ich nur bemerken, daß ich eine solche Belehrung von ihm nicht brauche; denn so, wie es in der Budgetkommission gehandhabt wird, wird es auch in allen anderen Kommissionen gehandhabt. Und dann wundert es mich, daß er, trotzdem er den Bericht aus der „Karlsruher Zeitung“ vorgelesen hat, immer noch auf seiner Behauptung stehen geblieben ist. Ich habe ausdrücklich erklärt, ich wolle mich weniger beklagen über seinen schriftlichen als über seinen mündlichen Bericht. Ich habe bei meinem mündlichen Bericht das Gefühl gehabt, daß der Herr Abg. Neuhaus den Fabrikanten nicht so ganz verleugnen könne. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich nur seinen mündlichen Bericht gemeint habe. Dieser hat aber der Budgetkommission nicht vorgelegen. Ich bin davon überzeugt: wenn der mündliche Bericht der Budgetkommission vorgelegen hätte, so wäre dieser zweifellos von dieser nicht genehmigt worden.

Weiter sagte er, ich hätte den Ausdruck, den er getan hat: „Gott segne und schütze das ehrbare Handwerk“ verhöhnt. Ich habe aber ausdrücklich erklärt, daß dieser Ausdruck aus dem Munde eines Fabrikanten einer Verhöhnung gleichkomme.

**Abg. Lehmann (Soz.):** Nur eine Bemerkung gegenüber dem Herrn Abg. Gierich. Ich habe nicht gesagt, daß er den wandernden Handwerkern feindlich gegenüberstehe; ich habe nur meiner Verwunderung Ausdruck geben wollen, daß aus den Kreisen des Herrn Abg. Vansbach, aus Müllerkreisen, eine solche Ansicht, wie die von den beiden Herren vorgetragene zum Ausdruck gebracht worden ist.

Die während der Sitzung vom **Abg. Duffner (Str.)** übergebene Bitte der Gemeinden Biertaler, Langenordnach, Waldau, Hölzlebrud um Erweiterung der Haltestelle Hölzlebrud der Höllentalbahn zu einem Bahnhof mit Personen- und Güterverkehr und um Bau einer Zufahrtsstraße zu demselben wird der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr

\* Karlsruhe, 22. Mai. 81. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 22. Mai 1906, nachmittags 5 Uhr:

- Anzeige neuer Eingaben. Sodann
1. Beratung über die geschäftliche Behandlung
    - a. des Gesetzentwurfes über die Rechtsverhältnisse der Sanitätsbeamten (Arzteordnung) — Drucksache Nr. 61;
    - b. des Gesetzentwurfes, die Fürsorge für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte betreffend — Drucksache Nr. 63.
  2. Bildung der Sonderkommission für den Gesetzentwurf, die Landwirtschaftskammer betr. (der Ersten Kammer vorgelegt).
  3. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1906 und 1907, Ausgabe Titel VIII: Gewerbeaufsicht, Ausgabe Titel XIV — Einnahme Titel V: Landesstatistik; Ausgabe Titel XV — Einnahme Titel VI: Gewerbe. — Drucksache Nr. 11a. — Berichterstatter: Abg. Neuhäus;
- und damit in Verbindung
- Berichte der Schulkommission über
- a. die Petition des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, die Errichtung gewerblicher Fortbildungsschulen betr., und die Petition der Handwerkskammern in Freiburg, Karlsruhe, Konstanz und Mannheim, die Ausgestaltung des gewerblichen Fortbildungsunterrichts betr. — Drucksache Nr. 59;
  - b. die Bitte des Verbandes badischer Gewerbeschulmänner, die dienstlichen Verhältnisse der Gewerbelehrer betr. — Drucksache Nr. 60. — Berichterstatter: Abg. Dr. Heimbürger. (Fortsetzung.)

\* Karlsruhe, 22. Mai. 14. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 25. Mai 1906, vormittags 10 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Petition der Handwerkskammern in Freiburg, Karlsruhe, Konstanz und Mannheim, die Ausgestaltung des gewerblichen Fortbildungsunterrichts betreffend. Berichterstatter: Prälat D. Dehler.
3. Beratung des Berichts der gleichen Kommission über die Bitte des Karl Held sen., Eigentümer und Verpächter der Wirtschaft „Zum Güterbahnhof“ in Raftatt, um Gewährung eines Zugangs zur Zufahrtsstraße der Güterhalle in Raftatt betreffend. Berichterstatter: Freiherr von La Roche.
4. Beratung des Berichts der gleichen Kommission über die Bitte der Vereinigung Detailkaufleute, Verband selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibende in Mannheim, die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs betreffend. Berichterstatter: Freiherr von La Roche.
5. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Finanzministeriums für die Jahre 1906 und 1907 (Hauptabf. V) Ausgabeartikel V, VIII, IX und XIV, sowie Einnahmeartikel II, V und VI (Salinenverwaltung, Münzverwaltung, Allgemeine Kassenverwaltung, verschiedene und zufällige Ausgaben). Berichterstatter: Geh. Kommerzienrat Koefle.
6. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Finanzministeriums für die Jahre 1906 und 1907 (Hauptabf. V) Ausgabeartikel IV und Einnahmeartikel I (Forst- und Domänenverwaltung). Berichterstatter: Freiherr v. Stöckingen.

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Otto Ball.  
Druck und Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.